

[KON]TEXTANALYSE #4

Die österreichische **Klimadebatte** im Superwahljahr

KLIMADISKURS-MONITORING 2025

Statements des wissenschaftlichen Beirats von KONTEXT

„Die Zunahme verschleppender Aussagen im klimapolitischen Diskurs in Österreich ist ein alarmierendes Signal. Sie deutet darauf hin, dass zentrale gesellschaftliche und politische Akteur:innen zunehmend darauf setzen, notwendige Transformationsprozesse zu relativieren, hinauszuzögern oder auf andere Ebenen abzuschieben. Konstruktive Strategien und Argumente können diesen Entwicklungen entgegenwirken. Denn trotz geringerer Präsenz und wachsender Verschleppung im medialen Diskurs ist Klimapolitik ein zentrales Thema aktueller politischer Debatten – sie beeinflusst langfristige Sicherheit, geopolitische Unabhängigkeit und die Chancen auf eine lebenswerte Zukunft.“

„Argumente gegen wirksamen Klimaschutz knüpfen häufig an legitime Sorgen und Bedenken der Bevölkerung vor Veränderungen an. Diese Ängste sind nachvollziehbar, werden jedoch von bestimmten Akteur:innen gezielt ausgenutzt, um notwendige Transformationsprozesse zu verschleppen oder Einzelinteressen zu verfolgen. Um dem entgegenzuwirken, braucht eine faire, gerechte und gut verständliche Ausgestaltung der Maßnahmen. Zusätzlich ist es die Aufgabe aller Akteur:innen im Klimadiskurs mithilfe konstruktiver Strategien Fehlinformationen zu entkräften, Ängste ernst zu nehmen und gleichzeitig Vertrauen in die Notwendigkeit klimapolitischen Handelns zu stärken.“

„Ein konstruktiver Klimadiskurs ist ein zentraler Baustein im Kampf gegen Frustration und Ohnmacht in der Klimapolitik. Er zeigt die Vielzahl an Handlungsmöglichkeiten in der Klimapolitik auf und legt den Fokus auf das Machbare. So werden die gesellschaftliche Motivation erhöht und die Weichen für eine lebenswerte Zukunft gelegt. Akteur:innen im Diskurs sind deshalb angehalten, den Mehrwert von klimapolitischen Maßnahmen hervorzuheben, Verantwortung zu übernehmen und wirksame Lösungen statt Scheinlösungen voranzutreiben.“



© Pamela Rußmann

Hendrik Theine

Johannes Kepler Universität Linz, Medienökonomie, politische Ökonomie, ökologische Ökonomie



© Uni Graz/Tzivanopoulos

Thomas Bruderemann

Universität Graz, Nachhaltigkeitsforschung & Klimapsychologie



© Alex Götter

Isabella Uhl-Hädicke

Universität Salzburg, Umweltpsychologie

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung	4
2. Methodik	6
3. Klimadiskurs 2024: Quantitative Ergebnisse im Überblick	7
3.1. Akteursgruppen: Wer prägt die Klimadebatte?	7
3.2. Parteien: Was sagt die Politik?	10
3.3. Themen: Worum ging es 2024?	12
3.4. Ebene: EU, Österreich oder global?	17
3.5. Technologien: Welche stehen im Fokus?	18
3.6. Politikmaßnahmen: Worüber wird diskutiert?	21
4. Diskursive Strategien 2024: Wie Klimaschutz verschleppt oder beschleunigt wird	22
4.1. Auf Vorteile statt Nachteile fokussieren	22
Vorteile und Nachteile im Klimadiskurs 2024	22
So geht's: Mehrwert hervorheben	25
4.2. Verantwortung übernehmen statt abschieben	26
Verantwortung im Klimadiskurs 2024	26
So geht's: Verantwortung übernehmen	28
4.3. Wirksame Lösungen statt Scheinlösungen vorantreiben	29
Scheinlösungen und Klarheit im Klimadiskurs 2024	29
So geht's: Lösungen vorantreiben	31
5. Fazit	32
6. Literaturverzeichnis	34
6.1. Suchbegriffe	35
6.2. Codierregeln	35

1. Einführung

Das Jahr 2024 galt als Superwahljahr: Allein mit den Wahlen in Österreich, der Europäischen Union und den USA wurde über die politische Agenda für die kommenden Jahre für fast 800 Millionen Menschen entschieden. Klimaschutz und Klimapolitik spielten dabei häufig eine untergeordnete Rolle im Diskurs. Vermehrt im Fokus standen – inmitten wirtschaftlicher und geopolitischer Spannungen – Fragen der Sicherheit, Unabhängigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Ungleichgewichte. Zur Sprache kamen klimapolitische Belange aber dennoch, denn: Die Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft hängt mit all diesen Fragen zusammen. Mehr noch: Ambitionierte Maßnahmen zur Ökologisierung bremsen nicht nur die Klimakrise, sondern reduzieren teure Abhängigkeiten von fossilen Brennstoffen wie Öl, Kohle und Gas und stärken damit geopolitische, ökonomische und soziale Sicherheit.

Während die Relevanz klimapolitischer Themen also zunimmt, geraten ambitionierte Maßnahmen vermehrt ins Stocken – auch in Österreich. Zwar wird die Existenz der Klimakrise nur noch selten geleugnet, vielmehr werden jedoch notwendige Maßnahmen und konkrete Entscheidungen durch verschiedene Strategien verschleppt (Frühwald et al., 2024; Lamb et al., 2020). Dazu werden Ängste geschürt, Verantwortung abgeschoben, Desinformation verbreitet und Zweifel gesät. Um Verschleppungstaktiken zu erkennen, zu adressieren und ihnen konstruktiv zu begegnen, braucht es ein tiefgreifendes Verständnis des klimapolitischen Diskurses. Die vorliegende Studie leistet einen Beitrag dazu.

Im Mittelpunkt steht dabei der mediale Klimadiskurs in Österreich 2024 und dessen Veränderungen gegenüber 2023. Die Grundlage dafür bildet eine repräsentative Datenerhebung durch FORESIGHT. Eine umfangreiche Analyse durch KONTEXT liefert Antworten auf folgende Fragen:

- Wie und von wem wird in Österreich über Klimapolitik gesprochen?
- Wie hat sich der Klimadiskurs im Vergleich zum Jahr 2023 verändert?
- Durch wen und bei welchen Themen wird Klimaschutz verschleppt bzw. konstruktiv kommuniziert?
- Welche Strategien bringen den Klimadiskurs voran und wie wird konstruktiv über wirksame Maßnahmen gesprochen?

Die analysierten diskursiven Strategien orientieren sich dabei an den „Discourses of Climate Delay“ nach Lamb et al. (2020) – sowie am [Klimadiskurs-Monitoring 2024](#). Während der Schwerpunkt der vorangegangenen ersten Ausgabe der Studie auf Verschleppungstaktiken lag, rückt das Klimadiskurs-Monitoring 2025 den konstruktiven Diskurs in den Fokus (*siehe Tabelle 1*). Begleitend zu quantitativen Ergebnissen der Analyse hat KONTEXT dazu in Kapitel 4 Strategien für einen konstruktiven Diskurs entwickelt, die zeigen, wie klimapolitische Maßnahmen und Entscheidungen beschleunigt werden können:

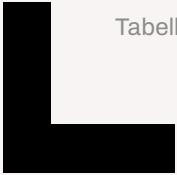
- Statt Nachteile zu betonen: Legitime Sorgen adressieren und den Mehrwert von Klimaschutz sichtbar machen.
- Statt Verantwortung abzuschieben: Den eigenen Handlungsspielraum klar benennen und andere Akteur:innen gezielt zum Handeln auffordern.
- Statt Scheinlösungen zu propagieren: Maßnahmen und Technologien differenziert einordnen, strukturelle Voraussetzungen offenlegen und wirksame Lösungen vorantreiben.



Analysierte Strategien im Klimadiskurs 2024

Verschleppungsdiskurs	Konstruktiver Diskurs
Nachteile betonen	Mehrwert betonen
Verantwortung abschieben	Verantwortung annehmen
Scheinlösungen propagieren	Wirksame Lösungen vorantreiben
Allgemein verschleppende Kommunikation	Allgemein konstruktive Kommunikation
Allgemein neutrale Kommunikation	

Tabelle 1



2. Methodik

Das erste Klimadiskurs-Monitoring Österreichs wurde für das Jahr 2023 von FORESIGHT im Auftrag des KONTEXT Instituts für Klimafragen durchgeführt. Da sich öffentliche und politische Debatten in einem ständigen Veränderungsprozess befinden, wurde die Studie im Sinne eines wiederkehrenden Monitorings mit Daten aus dem Jahr 2024 fortgesetzt. Dafür wurde erneut durch eine *Political Claims Analysis* nach Koopmans & Statham (1999) eine Stichprobe des öffentlichen Diskurses in den österreichischen Medien durch FORESIGHT erhoben und von KONTEXT analysiert. Im Mittelpunkt dieser wissenschaftlichen Methode steht dabei die Untersuchung politischer Aussagen von verschiedenen Akteur:innen (Parteien, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, sozialen Bewegungen, etc.) in der öffentlichen Debatte. Ziel ist es, zu analysieren, wer welche politischen Ansprüche stellt, auf welche Themen sich diese beziehen und welche Strategien zur Durchsetzung genutzt werden. Dadurch können Machtstrukturen und der potenzielle Einfluss auf politische Prozesse sichtbar gemacht werden. Das Feld der *Diskursanalyse* gilt als eine anerkannte Methodik aus den Sozialwissenschaften und ist Grundlage zahlreicher wissenschaftlichen Studien (vgl. u.a. Jäger et al., 2024; Theine & Regen, 2023; Wiedemann & Lohmeier, 2019).

Für das *Klimadiskurs-Monitoring 2025* wurden klimapolitische Aussagen im Zeitraum von 01.01.2024 bis 31.12.2024 aus der APA-Mediendatenbank¹ herangezogen. Die Suche nach den klimapolitischen Begriffen (*siehe Appendix*) ergab 9.020 Treffer. Im Vorjahr konnten mit denselben Suchbegriffen 10.329 Treffer erzielt werden, 13 Prozent mehr als im diesjährigen Monitoring. **Klimapolitische Themen waren also im Jahr 2024 generell weniger präsent.** Durch eine Zufallsstichprobe wurden rund

sieben Prozent der 9.020 Treffer in die Analyse aufgenommen. Somit basiert die vorliegende Studie auf der Analyse von 612 klimapolitischen Aussagen verschiedener Akteur:innen aus dem Jahr 2024.

Die Ergebnisse zeigen in einem ersten Schritt den Status quo des österreichischen Klimadiskurses, mit besonderem Augenmerk auf die Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr. In einem zweiten Schritt werden spezifische Diskursstrategien mit Beispielen aus der Stichprobe 2024 präsentiert und Lösungsstrategien für einen effektiven, konstruktiven Diskurs entworfen.

¹ Die Treffer stammen aus folgenden österreichischen Medienhäusern: derStandard.at, Die Presse, Kronen Zeitung, sowie aus Transkripten von Informationssendungen auf ORF2 (TV), den ORF Regionalradios (alle Bundesländer) und Ö3.

3. Klimadiskurs 2024: Quantitative Ergebnisse im Überblick

Die Stichprobe zeigt im Jahr 2024 eine deutliche Abnahme klimapolitischer Aussagen im Diskurs. Gleichzeitig ist eine deutliche Verschiebung vom konstruktiven hin zum Verschleppungsdiskurs erkennbar (siehe Tabelle 2). Zwar überwiegen wie im Vorjahr weiterhin konstruktive Aussagen in der klimapolitischen Debatte. Aussagen, die klimapolitische Maßnahmen verschleppen, haben gegenüber 2023 jedoch um 12 Prozentpunkte zugenommen, während der konstruktive Diskurs um acht Prozentpunkte zurückgegangen ist.

Im Folgenden werden die Ergebnisse anhand dieser Fragen diskutiert: Welche Akteursgruppen sprechen wie über Klimapolitik? Wie äußern sich verschiedene österreichische Parteien in der Klimadebatte? Welche Themen, Technologien und Politikmaßnahmen standen 2024 im Mittelpunkt? Steht nationale oder internationale Klimapolitik im Fokus? Und: Welche Strategien werden verwendet, um Klimaschutz zu verschleppen oder zu beschleunigen?

Klimapolitische Aussagen im Jahresvergleich

	2023		2024	
	absolut	relativ	absolut	relativ
konstruktiver Diskurs	515	71 %	386	63 %
verschleppender Diskurs	115	16 %	174	28 %
neutral	99	14 %	52	8 %
Summe	729	100 %	612	100 %

Tabelle 2

3.1. Akteursgruppen: Wer prägt die Klimadebatte?

Jede klimapolitische Aussage im Datensatz ist (mindestens) einer Person zugeteilt. So lässt sich analysieren, wer den Diskurs dominiert. Die präsenteste Akteursgruppe im öffentlichen Diskurs stellt dabei, analog zum letzten Jahr, die Politik dar: Mehr als ein Drittel (35 %) aller Aussagen kommt von **Politiker:innen** – 28 Prozent von nationalen und sieben Prozent von internationalen Vertreter:innen. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil internationaler

Politiker:innen am Diskurs leicht angestiegen (+ 4 %-Pkt.), was sich durch den Einfluss der EU-Wahlen auf den medialen Diskurs ergeben könnte. Nationale Politiker:innen bestimmen den Klimadiskurs jedoch weiterhin zu einem Viertel (28 %). Mit rund 14, 12 und zehn Prozent aller untersuchten Aussagen folgen **Wissenschaft**, **Zivilgesellschaft** und **Interessensvertretungen** als relevanteste Akteursgruppen im klimapolitischen Diskurs. Jede 11. Aussage (9 %) kommt von Unternehmen bzw. Unternehmensvertreter:innen.

Auffällig zurückgegangen sind Aussagen von Aktivist:innen (- 6 %-Pkt.). Das deutet auf eine geringere Präsenz von Klimaaktivist:innen in der Öffentlichkeit und eine weniger stark ausgeprägte Klimabewegung im Vergleich zum Vorjahr hin (siehe Tabelle 3).

Klimapolitische Aussagen pro Akteursgruppe

	absolut	relativ	Veränderung zu 2023 (Prozentpunkte)
Gesamt	631	100 %	-
Politik	222	35 %	+ 2 %-Pkt.
... davon Österreich	178	28 %	- 2 %-Pkt.
... davon Nicht-Österreich	44	7 %	+ 4 %-Pkt.
Wissenschaft	87	14 %	0 %-Pkt.
Zivilgesellschaft (NGOs, Think Tanks)	77	12 %	-
Interessenvertretungen	64	10 %	-
... davon Wirtschaftskammer	12	2 %	+ 1 %-Pkt.
... davon Industriellenvereinigung	4	1 %	0 %-Pkt.
... davon Landwirtschaftskammer	4	1 %	0 %-Pkt.
... davon Arbeiterkammer	3	0 %	0 %-Pkt.
... davon Gewerkschaften	3	0 %	0 %-Pkt.
... Sonstige	38	6 %	-
Unternehmen	56	9 %	-
Verwaltung	23	4 %	-
Aktivist:innen	20	3 %	- 6 %-Pkt. *
Landwirt:innen	9	1 %	-
Internationale Organisationen	4	1 %	- 2 %-Pkt.
Sonstige	69	11 %	+ 3 %-Pkt.

Anmerkung: - = im Jahr 2023 nicht codiert oder andere Definition, deshalb kein Vergleich möglich.
 *statistisch signifikante Änderung

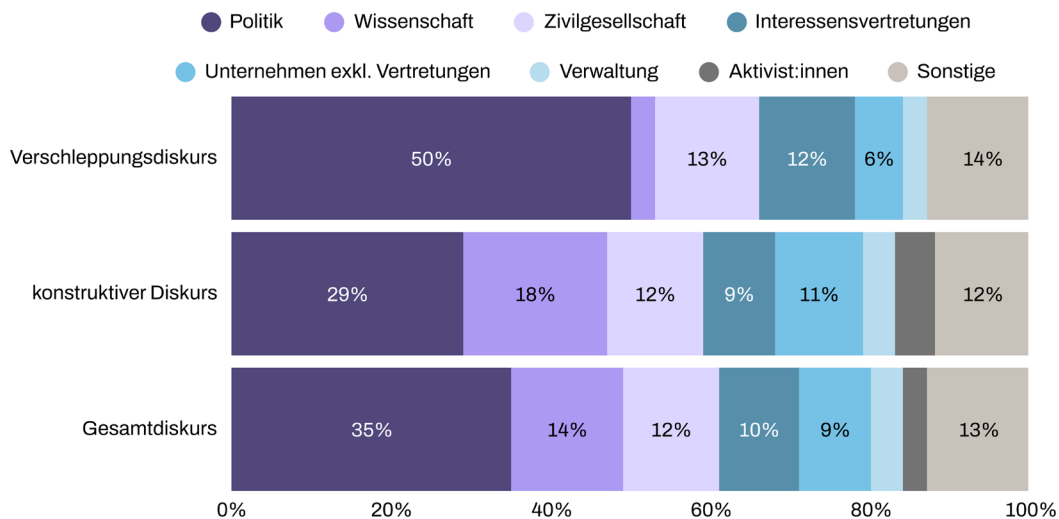
Tabelle 3

Betrachtet man den Anteil an verschleppenden bzw. konstruktiven Aussagen der jeweiligen Akteursgruppen, zeigen sich ähnliche Dynamiken wie im Vorjahr. Obwohl Politiker:innen nur rund ein Drittel des gesamten Diskurses ausmachen, tätigen sie überproportional oft verschleppende Aussagen: Rund die Hälfte des Verschleppungsdiskurses kommt von der politischen Ebene. Akteur:innen aus Wissenschaft und Aktivist:innen sprechen hingegen überwiegend bzw. ausschließlich konstruktiv über klimapolitische Maßnahmen (siehe Grafik 1).

Kurzfasit

Klimapolitische Themen sind im medialen Diskurs 2024 in Österreich weniger präsent als im Vorjahr. Während konstruktive Aussagen überwiegen, werden Maßnahmen jedoch deutlich öfter verschleppt. Bestimmt wird der Diskurs nach wie vor von Politiker:innen. Sie wenden häufiger Verschleppungstaktiken an als andere Akteursgruppen. Wissenschaftler:innen hingegen argumentieren überwiegend konstruktiv. Aktivist:innen sind im Diskurs deutlich weniger präsent.

Wer Klimathemen konstruktiv vorantreibt & wer verschleppt



Anmerkung: Sonstige = Internationale Organisationen, Land- & Forstwirt:innen, andere/sonstige Akteur:innen
 Quelle: FORESIGHT (2025), Berechnungen KONTEXT, eigene Darstellung

Grafik 1

3.2. Parteien: Was sagt die Politik?

Politiker:innen spielen in der klimapolitischen Debatte die mit Abstand größte Rolle (35 % des Gesamtdiskurses). Fast alle Aussagen von politischer Ebene lassen sich in einem weiteren Schritt auch einer österreichischen Partei zuordnen (188 Aussagen bzw. 30 % der gesamten Stichprobe). Trotz EU- und Nationalratswahl waren klimapolitische Themen im Jahr 2024 insgesamt weniger präsent als im Vorjahr, woraus sich schließen lässt, dass diese Themen auf beiden Ebenen auch im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle spielten.

Von den getätigten Aussagen von österreichischen Politiker:innen stammen die meisten von der **ÖVP**, gefolgt von **SPÖ**, **Grünen** und **FPÖ** (siehe Tabelle 4). **NEOS** und **KPÖ** spielen hingegen eine untergeordnete Rolle im Klimadiskurs. Große und stimmenstarke Parteien bestimmen den politischen Diskurs somit am stärksten. Die, im Vergleich zu Wahlergebnissen, große Präsenz der Grünen und die geringe Präsenz der FPÖ sind der Priorisierung des Themas innerhalb der Parteien geschuldet.

Klimapolitische Aussagen pro politischer Partei

	absolut	relativ	Veränderung zu 2023 (Prozentpunkte)	Nationalratsmandate (Vergleichsgröße)**
Gesamt	188	100 %	-	100 %
ÖVP	62	33 %	- 2 %-Pkt.	39 %
SPÖ	43	23 %	+ 7 %-Pkt.	22 %
Grüne	37	20 %	- 13 %-Pkt. *	14 %
FPÖ	35	19 %	+ 10 %-Pkt. *	16 %
NEOS	9	5 %	- 1 %-Pkt.	8 %
KPÖ	1	1 %	0 %-Pkt.	-
Sonstige	1	1 %	+ 1 %-Pkt.	-

* statistisch signifikante Veränderung. ** vor der Nationalratswahl 2025

Tabelle 4

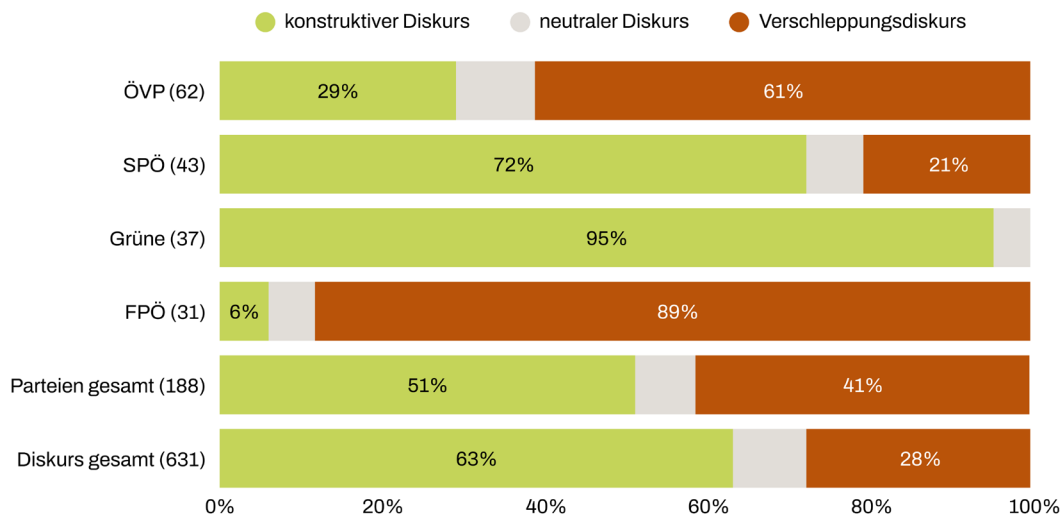
Auch die klimapolitische Debatte der politischen Parteien war 2024 stärker von verschleppenden Aussagen geprägt als im Jahr 2023. Während im Jahr 2023 noch 27 Prozent aller klimapolitischen Statements von politischen Parteien – vereinfacht gesagt – eine Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen hemmte, ist dieser Anteil im Jahr 2024 auf 41 Prozent gestiegen. Dies deutet auf eine merkliche Verschiebung hin zu konfrontativeren und polarisierenden Kommunikationsstrategien im Klimadiskurs der österreichischen Parteivertreter:innen hin.

Vergleichbar mit den Ergebnissen des Vorjahres stammte die Mehrzahl verschleppender klimapolitischer Aussagen innerhalb der Parteivertreter:innen von konservativen und rechten politischen Parteien. Insgesamt fallen 61 Prozent aller Aussagen der ÖVP und 89 Prozent aller Aussagen der FPÖ in den Verschleppungsdiskurs (siehe Grafik 2). **Zusammen sind ÖVP und FPÖ für 88 Prozent des Verschleppungsdiskurses von Politiker:innen mit österreichischer Parteizugehörigkeit verantwortlich.**

Im Vergleich zum Vorjahr fällt außerdem eine signifikante Zunahme von Aussagen der **FPÖ** auf (+ 10 %-Pkt.). Das ist vermutlich auf den politischen Erfolg der FPÖ bei mehreren Wahlen 2024 zurückzuführen, wodurch sie generell merklich an Aufmerksamkeit in der Debatte gewonnen hat. Gleichzeitig ist der Anteil der Aussagen der FPÖ innerhalb des konstruktiven Diskurses österreichischer Parteien sowohl im Jahr 2023 als auch im Jahr 2024 vernachlässigbar. Der Zuwachs ist nahezu vollständig auf Aussagen zurückzuführen, die klimapolitische Maßnahmen verschleppen, was damit einhergeht, dass sich die Linie der FPÖ um die Nationalratswahl verstärkt in Richtung Klimakrisenleugnung entwickelt hat (Roniger & Pixner, 2024).

Auch die **ÖVP** agiert im Klimadiskurs stark verschleppend: Sechs von zehn klimapolitischen Aussagen der ÖVP bremsen Klimaschutz. In Anbetracht der beinahe durchgehenden Regierungsbeteiligung der Volkspartei hat vor allem eine bremsende Haltung ihrerseits starken Einfluss auf das Tempo österreichischer Klimapolitik.

Wie die Parteien über Klimathemen sprechen



Anmerkung: Anzahl der klimapolitischen Aussagen pro Partei in Klammer. Gereiht nach Zahl der Nennungen. NEOS und KPÖ nicht enthalten wegen zu kleiner Stichprobe (9 bzw. 2 Aussagen).

Quelle: FORESIGHT (2025), Berechnungen KONTEXT, eigene Darstellung

Grafik 2

Im konstruktiven klimapolitischen Diskurs von Parteivertreter:innen sind **die Grünen** weiterhin am stärksten vertreten (36 % aller Aussagen). Fast alle ihrer Aussagen lassen sich als konstruktiv bewerten (95 %). Im Vergleich zum Vorjahr ist ihr Anteil am gesamten Klimadiskurs der Parteien jedoch signifikant gesunken (33 vs. 20 %). Das kann sowohl auf das Ende ihrer Regierungsbeteiligung zurückzuführen sein, oder auch an der Überschattung klimapolitischer Themen durch andere Themen im Wahlkampf liegen.

Mit 32 Prozent hält die **SPÖ** den zweithöchsten Anteil an konstruktiven Aussagen in der Stichprobe. Die Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr ist potenziell bedingt durch die Abnahme der Präsenz der Grünen und dem Aufgreifen klimapolitischer Themen durch die SPÖ im Wahlkampf (Roniger & Pixner, 2024). Die **NEOS** waren im Jahr 2024 fast ausschließlich mit konstruktiven, jedoch mit generell sehr wenigen Aussagen vertreten (9 gesamt).

Kurzfasit

Unter Politiker:innen haben im Wahljahr 2024 verschleppende Aussagen zugenommen. Während Grüne und SPÖ über alle Themen und Maßnahmen hinweg überdurchschnittlich konstruktiv über Klimapolitik sprechen, zeigt sich bei ÖVP und FPÖ ein anderes Bild: Sechs von zehn der klimapolitischen Aussagen der ÖVP und sogar neun von zehn der FPÖ tragen zum Verschleppungsdiskurs bei. Insgesamt verschleppen Politiker:innen Klimapolitik deutlich häufiger als andere Akteursgruppen.

3.3. Themen: Worum ging es 2024?

Die klimapolitischen Aussagen im Datensatz wurden auch thematisch kategorisiert, wobei nahezu alle mindestens einem Themenbereich zugeordnet werden konnten. Wie bereits im Vorjahr stellen **Energie und Mobilität** die dominierenden Themen im Klimadiskurs dar. Zusammen machen sie 40 Prozent aller klimapolitischen Aussagen mit Themenbezug aus (siehe Tabelle 5). Die meisten klimapolitischen Aussagen im Bereich Energie drehen sich um die Energiewende. Akteur:innen adressieren dabei beispielsweise die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen, konkrete Politikmaßnahmen, wie das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG), oder den Ausbau von Windkraft und Photovoltaik (siehe dazu auch Kapitel 3.5 und 3.6). Kosten und Machbarkeit werden hier gegen Nutzen und Notwendigkeit abgewogen. Die Debatte im Bereich Mobilität zeigt vor allem die Polarisierung im emissionsintensiven Verkehrsbereichs. Konkret geht es zum Beispiel um das Ende der Neuzulassungen für Verbrenner-Autos (siehe dazu v.a. Kapitel 4.3). Äußerungen zu klimaschädlichen Subventionen, Schienengüterverkehr oder auch der Schiff- und Luftfahrt verdeutlichen die Breite der Debatte im Verkehrssektors.

Darüber hinaus ist eine statistisch signifikante Zunahme der Aussagen mit einem Bezug zu **Klimazielen** sowie **wirtschaftspolitischen Aspekten und Standortfragen** zu verzeichnen (+ 4 bzw. + 5 %-Pkt. im Vergleich zum Vorjahr). Auch das Thema **Gebäudesanierung und Wohnen** wurde im Jahr 2024 tendenziell häufiger diskutiert. Ebenso gewannen Maßnahmen zur Anpassung an die Klimakrise, einschließlich der Renaturierung, an Relevanz, was sich durch die extremwetterbedingte Notwendigkeit zur Anpassung aber auch durch die in der Öffentlichkeit stark geführten Debatte über das **Renaturierungsgesetz** erklären lässt (7 % aller Aussagen).

Klimapolitische Aussagen pro Themenbereich

	absolut	relativ	Veränderung zu 2023 (Prozentpunkte)
Gesamt	652	100 %	-
Energie	174	27 %	+ 1 %-Pkt.
Mobilität	88	13 %	0 %-Pkt.
Klimaziele und Klimaneutralität 2040	51	8 %	+ 5 %-Pkt. *
Wirtschaftspolitik und Standort	48	7 %	+ 4 %-Pkt. *
Gebäudesanierung und Wohnen	47	7 %	+ 5 %-Pkt.
Renaturierungsgesetz	44	7 %	-
Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	37	6 %	+ 1 %-Pkt.
Bodenverbrauch, Versiegelung und Entsiegelung	34	5 %	+ 3 %-Pkt.
Maßnahmen zur Anpassung	31	5 %	-
Folgen der Klimakrise	28	4 %	-
CO ₂ -Bepreisung	20	3 %	-
Arbeitsmarkt	7	1 %	0 %-Pkt.
Green Deal	7	1 %	-
Lieferkettengesetz	6	1 %	-
Sonstige	30	5 %	+ 1 %-Pkt.

Anmerkung: - = im Jahr 2023 nicht codiert oder andere Definition, deshalb kein Vergleich möglich. * statistisch signifikante Veränderung

Tabelle 5

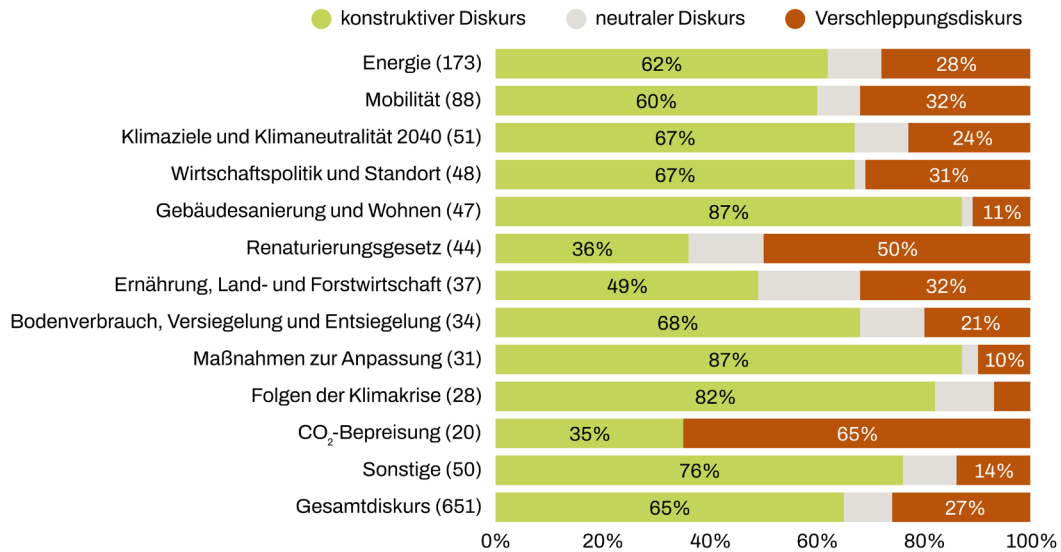
Zwar ist der themenbezogene Diskurs auch 2024 überwiegend konstruktiv (65 % aller Aussagen), aber wie in anderen Bereichen haben auch hier verschleppende Aussagen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen (von 13 auf 27 %) (siehe Grafik 3).

Tendenziell stark verschleppend wird die **CO₂-Bepreisung** diskutiert (13 von 20 Aussagen). Dabei wird vor allem die Abschaffung oder das Aussetzen der nationalen Steuer gefordert, allen voran von der FPÖ (7 der 13 verschleppenden Aussagen). Andere Aussagen im Datensatz beziehen sich auf eine Mehrbelastung durch

die Steuer – meist jedoch ohne Erwähnung der Kompensation durch den Klimabonus.

Auch der polarisierende Diskurs rund um das **Renaturierungsgesetz** fällt auf. Während das vor allem in Österreich sehr umstritten diskutierte EU-Gesetz im Jahr zuvor noch keine Rolle im Klimadiskurs spielte, wurde es durch die Behandlung und den Beschluss auf EU-Ebene im Jahr 2024, sowie im Zeitrahmen vor der EU-Wahl, schlagartig zu einem vergleichsweise häufig diskutierten Thema innerhalb jener Aussagen, die sich thematisch zuordnen lassen (7 %).

Energie und Mobilität prägen den Klimadiskurs



Anmerkung: Anzahl der klimapolitischen Aussagen pro Thema in Klammer. Enthält alle Themenblöcke mit mind. 20 Nennungen. Sonstige = Green Deal, Arbeitsmarkt, Lieferkettengesetz & sonstige Themen.
 Quelle: FORESIGHT (2025), Berechnungen KONTEXT, eigene Darstellung

Grafik 3

Lediglich ein Drittel der Aussagen dazu ist konstruktiv, während die Hälfte der Äußerungen eine verschleppende Haltung erkennen lässt. Nicht nur wird das Gesetz selbst kritisiert, es werden auch **Sorgen und Ängste** verstärkt und teilweise Desinformation verbreitet. So erklärt Reinhold Lopatka (ÖVP) ohne faktische Grundlage im Gesetz, Bauern müssten „Schmetterlingszählungen vornehmen“ und Klaus Schwarz (Obmann des Vorarlberger Waldvereins) betonte, Waldbesitzer:innen würden „von einer Lawine an Auflagen, Überwachung und Bürokratie überrollt werden“ obwohl Umsetzungsmodalitäten und Auflagen noch nicht klar waren (siehe dazu auch Kapitel 4). Konstruktiver argumentiert hingegen beispielsweise die Wissenschaft, die die Modalitäten des Gesetzes erklärt und die **Notwendigkeit für eine intakte Natur, Lebensräume** und die **Anpassung an den Klimawandel** herausstreicht.

Im Vergleich zu 2023 verzeichnen die themenbezogenen Aussagen zu **Klimazielen und Wirtschaftsstandort** eine statistisch signifikante Zunahme. Gleichzeitig wird in beiden Bereichen von den jeweiligen Akteursgruppen 2024 tendenziell stärker verschleppt: Während der Diskurs zu **Klimaneutralität und Klimazielen** im Vorjahr zu 11 Prozent aus verschleppenden Aussagen bestand, ist dieser Anteil in den untersuchten klimapolitischen Aussagen auf 24 Prozent gestiegen. Das Klimaneutralitätsziel 2040 wird, beispielsweise von Herbert Kickl (FPÖ), als irrelevantes Gold-Plating² abgetan, oder Klimaziele generell als bürokratisch und lästig angesehen. Andere Gegenargumente reihen sich in realitätsfremden **Technologieoptimismus** ein, wonach man Klimaziele wegen vermeintlicher Unerreichbarkeit „gleich komplett aufgeben sollte und stattdessen möglichst viele Ressourcen in die KI-Entwicklung stecken sollte, damit eines Tages vielleicht KI eine Lösung für die Klimakrise liefert“ (Eric Schmidt, ehem. CEO von

2 Gold-Plating bezeichnet hier das Setzen von höheren Zielen als jene, die die EU vorgibt – in diesem Fall das Klimaneutralitätsziel 2040.

Google). Dennoch bleibt der Diskurs zum Thema Klimaziele und Klimaneutralität überwiegend konstruktiv. Die konstruktiven Aussagen beziehen sich häufig auf die Notwendigkeit eines Klimaschutzgesetzes aufgrund des bestehenden Zeitdrucks für die **Erreichung der Klimaziele**, notwendige Investitionen in den Schutz von Lebensraum und das Vorbeugen negativer Konsequenzen – wie beispielsweise zu einem späteren Zeitpunkt *„Zertifikate zu kaufen oder Strafen zu zahlen“* (Andreas Babler, SPÖ). Auch sei das Erreichen von Klimazielen wichtig für *„Versorgungssicherheit und die Reduktion der Abhängigkeit von russischem Gas“* (Franz Titschenbacher, Landwirtschaftskammer Steiermark).

Ähnliches zeigt sich in der Diskussion rund um einen **wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort**, bei dem der Anteil verschleppender Aussagen ebenso zugenommen hat. Das Thema Wirtschaftsstandort und Wettbewerbsfähigkeit in Zusammenhang mit Klimaschutz beschäftigt nicht nur Österreich, sondern auch die Europäische Union vermehrt. Wissenschaftlich zeigt sich, dass **klimapolitische Maßnahmen zu Wettbewerbsvorteilen führen** und in den meisten Bereichen durch den massiven Zuwachs an Investitionen in die Ökologisierung global immer dringlicher werden (vgl. unter anderem: Koland & Steininger, 2024; Pixner & Maringer, 2024; Vu et al., 2024). Ein Blick auf die verschleppenden Aussagen im Bereich Standortpolitik zeigt jedoch teils legitime Sorgen vor Zielkonflikten, die sich mit kluger Politik auflösen ließen, aber von manchen Akteursgruppen gezielt genutzt werden. Der Zuwachs an destruktiven Aussagen bezieht sich hier vor allem auf die potenziellen **Kosten** der Ökologisierung, den wachsenden Druck des **internationalen Wettbewerbs** und die konkrete Ausgestaltung von EU-Klimapolitik. Demgegenüber steht ein hoher Anteil konstruktiver Aussagen, die die **Potenziale einer Ökologisierung** betonen. Die Gesamtheit der Statements lässt darauf schließen, dass für

verschiedene Akteursgruppen die **Verknüpfung von Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit** zunehmend als selbstverständlicher Bestandteil politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse angesehen wird: *„Wenn wir im Klimaschutz nicht vorankommen, dann verlieren wir den wirtschaftspolitischen Anschluss“* (Andreas Schieder, SPÖ), weil wir uns ohnehin *„bereits mitten in der Energiewende befinden und die Dynamik in vielen Bereichen deutlich spürbar ist“* (Franz Angerer, Geschäftsführer der AEA).

Einige weitere Themen werden im Vergleich zum Gesamtdiskurs überdurchschnittlich konstruktiv diskutiert. Insbesondere **Gebäudesanierung, die Folgen der Klimakrise und die notwendigen Anpassungsmaßnahmen** weisen einen vergleichsweise hohen Anteil an konstruktiven Argumenten auf, ähnlich den Ergebnissen des Vorjahres. Beim Thema **Gebäudesanierung** bleibt die Diskussion dabei eher an der Oberfläche. Während die Relevanz und die Zustimmung des Themas hoch scheint, wird selten von konkreten Politikmaßnahmen oder Zielen gesprochen. Der Diskurs zur **Anpassung** dreht sich zentral um den Umgang mit Hitze und beinhaltet spezifischere Maßnahmen (z. B. Dachbegrünung und Begrünung generell). Auch der Umgang mit zunehmenden Hochwassern und anderen Katastrophen wird thematisiert. Dies könnte wie auch schon im Vorjahr darauf hinweisen, dass in diesen Bereichen ein stärkerer gesellschaftlicher und politischer Konsens über die Notwendigkeit von Maßnahmen besteht.

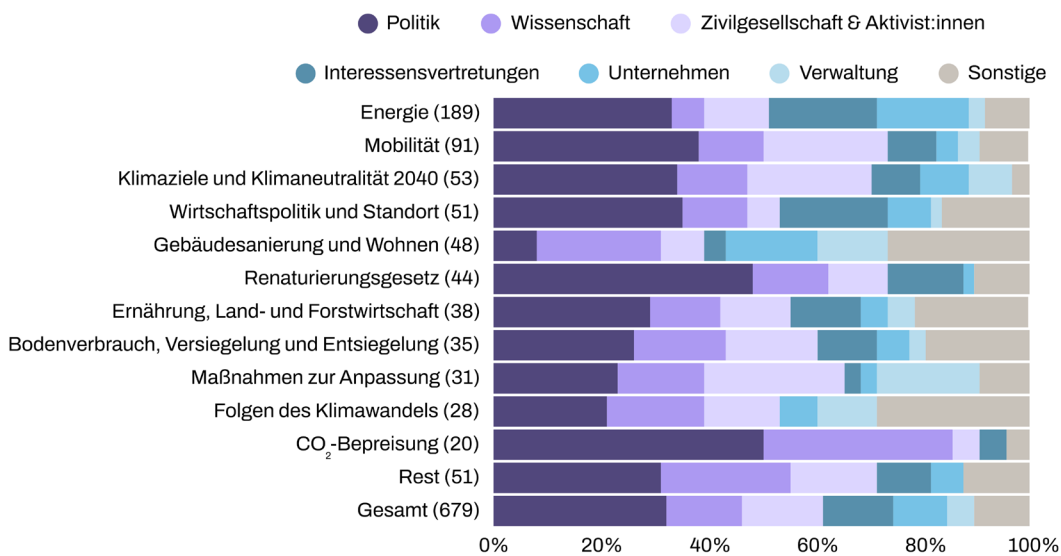
Einige interessante Muster zeigen sich auch in der Verbindung zwischen **Themen und Akteursgruppen** im Klimadiskurs (*siehe Grafik 4*): Die CO₂-Bepreisung und das Renaturierungsgesetz werden in den untersuchten Aussagen vorrangig von Politiker:innen diskutiert (v. a. von der FPÖ). Im Gegensatz dazu spielt das Thema Wohnen und Gebäudesanierung eine eher untergeordnete Rolle in der politischen Debatte und wird

stärker von anderen Akteur:innen aufgegriffen – ein Hinweis darauf, dass Heizkesseltausch und Sanierung trotz hoher Zustimmung in der politischen Agenda derzeit eine verhältnismäßig geringe Priorität haben könnten.

Das Thema **Energie** wird zudem überproportional von **Unternehmen und Interessensvertretungen** diskutiert: 37 Prozent aller Aussagen zu Energiethemen kommen von den beiden Akteursgruppen. Ein Blick auf Akteursgruppen und ihre meistdiskutierten Themen unterstützt diese Annahme: Unternehmen fokussieren sich mit 50 Prozent ihrer Aussagen auf das

Thema Energie und liegen damit weit über dem Durchschnitt. Interessensvertretungen weisen einen ähnlich hohen Anteil auf (45 %), während die Zivilgesellschaft (24 %) und die Politik (29 %) das Thema weniger stark aufgreifen. Im Gegensatz dazu wird die **Mobilitätsdebatte** besonders **stark** von **Zivilgesellschaft und Aktivist:innen** geprägt. Besonders breit bringt sich die Wissenschaft in den Klimadiskurs ein. Wissenschaftler:innen diskutieren seltener über Energie und Mobilität als der Rest der Akteursgruppen, haben dafür einen ausgewogenen Anteil innerhalb der anderen Themenblöcke.

Welche Themen bei Akteursgruppen im Mittelpunkt stehen



Anmerkung: Anzahl der klimapolitischen Aussagen pro Thema in Klammer. Enthält alle Themenblöcke mit mind. 20 Nennungen. Sonstige = Green Deal, Arbeitsmarkt, Lieferkettengesetz & sonstige Themen.

Quelle: FORESIGHT (2025), Berechnungen KONTEXT, eigene Darstellung

Grafik 4

Kurzfasit

Die Themen Mobilität und Energie wurden 2024, wie auch schon im Vorjahr, am häufigsten diskutiert. Je nach Thema zeigen sich erhebliche Unterschiede im Anteil verschleppender und konstruktiver Aussagen. So wurde beim Renaturierungsgesetz besonders häufig verschleppt. Die Debatte um Gebäude und Wohnen, Folgen der Klimakrise und Anpassungsmaßnahmen wird hingegen überwiegend konstruktiv geführt. Stärker in den Fokus gerückt sind standortpolitische Fragestellungen und die Erreichung der Klimaneutralität.

3.4. Ebene: EU, Österreich oder global?

Einem Großteil der klimapolitischen Aussagen in der Stichprobe kann eine von vier geografischen Ebenen zugeordnet werden: nationale Klimapolitik (Österreich), EU-Klimapolitik, internationale Klimapolitik oder Klimapolitik, die sich rein auf eine spezifische andere Nation bezieht (Ausland).

Die Ergebnisse spiegeln die Beteiligung von österreichischen und nicht-österreichischen Politiker:innen am Diskurs wider: Insgesamt beziehen sich klimapolitische Aussagen zu **zwei**

Dritteln auf Österreich-Ebene (siehe Tabelle 6). Ein Viertel des Diskurses nimmt Bezug zur EU-Ebene. Auffällig ist hier ein statistisch signifikanter Anstieg von **EU-bezogenen Aussagen** im Vergleich zum Jahr 2023. Auch hat die **Debatte über nationale Klimapolitik** an Bedeutung gewonnen. Beides lässt sich wohl auf das Superwahljahr mit einer EU- und Nationalratswahl zurückführen. Gleichzeitig lässt sich ein **statistisch signifikanter Rückgang von Aussagen über internationale Klimapolitik** feststellen, was zeigt, dass globale Klimafragen im österreichischen Diskurs relativ an Bedeutung verloren haben.

Klimapolitische Aussagen pro geografischer Ebene

	absolut	relativ	Veränderung zu 2023 (Prozentpunkte)
Gesamt	550	100 %	-
Österreich	346	63 %	+ 7 %-Pkt.
EU	130	24 %	+ 12 %-Pkt. *
International	40	7 %	- 7 %-Pkt. *
Ausland	34	6 %	+ 2 %-Pkt.

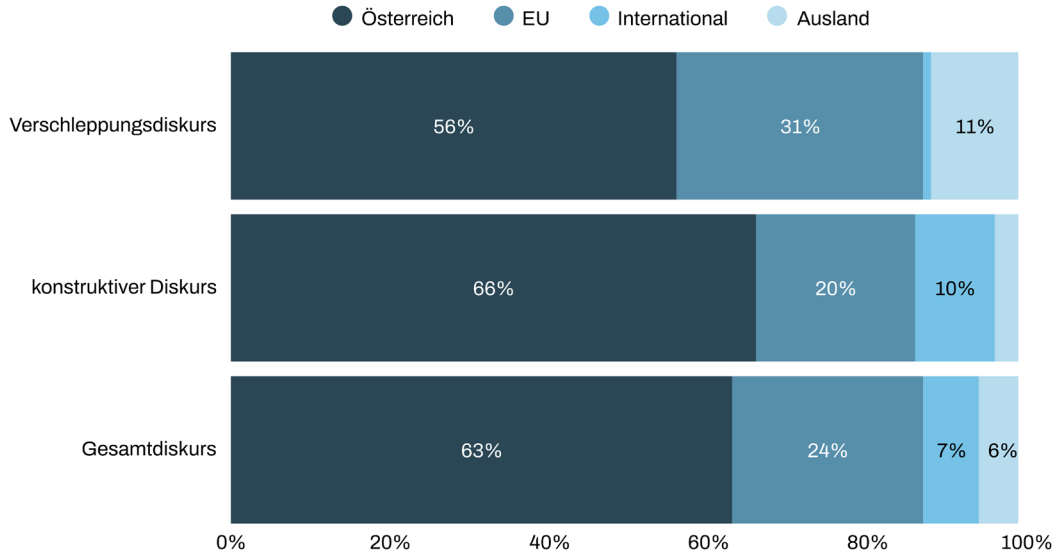
Anmerkung: * statistisch signifikante Veränderung

Tabelle 6

Bezogen auf konstruktive und verschleppende Aussagen je Ebene zeigt sich eine ähnliche Dynamik wie im Vorjahr. Bereits im Jahr 2023 wurde **Klimapolitik mit Bezug zur EU-Ebene**, verglichen mit dem Gesamtdiskurs, überproportional **oft verschleppt**. Im Jahr 2023 lag der Anteil der verschleppenden Aussagen

mit EU-Bezug bei 20 Prozent, im Jahr 2024 bei 31 Prozent. In anderen Worten: Ein Drittel des Verschleppungsdiskurses, dem eine geografische Ebene zugeordnet werden kann, bezieht sich auf EU-Politik, etwas mehr als die Hälfte auf nationale Politik (siehe Grafik 5).

Maßnahmen mit EU-Bezug werden überdurchschnittlich verschleppt



Quelle: FORESIGHT (2025), Berechnungen KONTEXT, eigene Darstellung

Grafik 5

Kurzfaszit

Der Großteil des klimapolitischen Diskurses in Österreich bezieht sich auf die nationale Ebene. Maßnahmen werden jedoch stärker verschleppt, wenn es um jene Ebene geht, auf der das Regelwerk für viele verpflichtende Klimamaßnahmen in Österreich gelegt wird: die EU-Ebene. Sowohl Aussagen, die sich auf Österreich beziehen, als auch jene auf EU-Ebene, haben im Jahr der Wahlen zugenommen.

3.5. Technologien: Welche stehen im Fokus?

Rund ein Drittel aller klimapolitischen Aussagen in der Stichprobe bezieht sich auf eine spezifische Technologie. Erneuerbare Energien werden mit 44 Prozent am häufigsten besprochen, was ihre zentrale Rolle im Klimadiskurs und in der Ökologisierung unterstreicht. Mit zusammengerechnet 21 Prozent nehmen fossile Technologien (11 %) und Verbrennungsmotoren (10 %) auch eine große Rolle ein. E-Mobilität (11 %) wird ebenfalls häufig diskutiert, was auf die anhaltende Debatte über die Transformation des Verkehrssektors hinweist. Für Nischeneinsatz geeignete Technologien wie E-Fuels (6 %), CO₂-Speichertechnologien (CCS/CCU) (5 %) und Wasserstoff (3 %) spielen eine verhältnismäßig kleine Rolle im medialen Klimadiskurs (siehe Tabelle 7).

Klimapolitische Aussagen pro Technologie

	absolut	relativ
Gesamt	227	100 %
Erneuerbare Energien (Wind, Wasser, PV, Geothermie etc.)	101	44 %
Fossile Technologien (exkl. Verbrenner)	24	11 %
E-Mobilität	24	11 %
Verbrenner-Motoren	22	10 %
E-Fuels	13	6 %
CCS/CCU	12	5 %
Netze	10	4 %
Wasserstoff	6	3 %
Speicher	5	2 %
Wärmepumpen	2	1 %
Sonstige	8	4 %

Anmerkung: Der Technologie-Code wurde im Vorjahr nicht codiert, deshalb lässt sich kein Vergleich zum Jahr 2023 anstellen.

Tabelle 7

Insgesamt bezieht sich mehr als ein Viertel der Aussagen zu Technologien direkt auf den **Verkehrsbereich** (Verbrenner, E-Mobilität, E-Fuels). Hier werden **effiziente Lösungen für die Ökologisierung** mit fossilen Technologien und **Scheinlösungen** abgewogen. Viele Aussagen verdeutlichen dabei eine starke Polarisierung. Besonders ÖVP und Interessensgruppen aus der fossilen Industrie sprechen sich in einigen Statements klar gegen den Ausstieg aus Verbrenner-Motoren aus. Karl Nehammer (ÖVP) spricht von einem „Aus vom Verbrenner-Aus“, Österreich sei ein „Autoland“ und es sei eine „rückwärtsgewandte Sichtweise, dass man Innovation und Forschung durch Verbote voranbringen“ könne. Obwohl die geringe Effizienz von E-Fuels im motorisierten Verkehr längst wissenschaftlich belegt ist (vgl. u.a. VCÖ, 2023), gibt es Stimmen, die sich dafür einsetzen, diese „nicht von vornherein auszuschließen.“ (Wiesinger Bernhard, ÖAMTC). Im Disput zwischen erneuerbaren und fossilen

Technologien zeigt sich bei manchen Aussagen der Zusammenhang mit Planungssicherheit. Die Diskussion um das Festhalten an fossilen Technologien verschleppt nämlich nicht nur eine notwendige effiziente Verkehrswende mit wirksamen Lösungen. Sie hat auch negative Auswirkungen auf Wirtschaft, Unternehmen und Kund:innen im Automobilbereich, da sie zu unbeständigen Politikmaßnahmen und wenig Planungssicherheit führt.

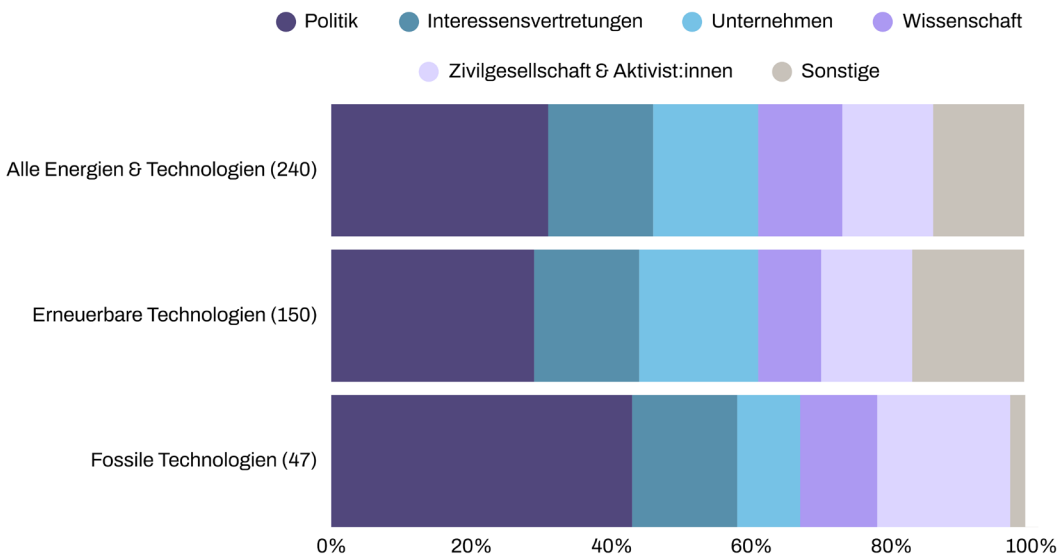
Insgesamt zwei Drittel der Aussagen über Technologien beziehen sich auf den Bereich **erneuerbarer Lösungen und Elektrifizierung** (erneuerbare Energien, E-Mobilität, Wärmepumpen, Speicher, Netze). Die große Mehrheit (zwei Drittel) davon ist konstruktiv. Gesprochen wird dabei beispielsweise über Ausbauziele für die österreichische Stromproduktion, den zukünftigen Bedarf und den aktuellen Verbrauch, die Netzinfrastruktur und Umsetzungskosten. Die Diskussion bezieht sich dabei tendenziell weniger

auf technische Details als auf ihre allgemeine Rolle in der Energiewende. Rund 20 Prozent der untersuchten Aussagen haben einen Bezug zu **fossilen Technologien**. Neben der auch hier präsenten Debatte rund um Verbrenner-Motoren finden auch Themen wie der Ausstieg aus russischem Gas und der Umstieg auf andere Energieträger in schwer zu dekarbonisierenden Sektoren Gehör. Das zeigt, dass die Relevanz des Umstiegs auf Erneuerbare und die Elektrifizierung Großteils anerkannt und Technologien für die Umsetzung breit diskutiert werden. Dabei gibt es **Unterschiede innerhalb verschiedener Akteursgruppen** (siehe Grafik 6).

Fossile Technologien werden tendenziell stärker von Politiker:innen in die Debatte eingebracht. Neben dem viel diskutierten Ende der Neuzulassungen für Verbrenner-Autos wird

auch an Öl und Gas festgehalten, da sie nicht „mit heute abgedreht werden können“ (Friedrich Mayr-Melnhof, ÖVP) und für den Energiebedarf notwendig wären. Komplementär dazu sind viele der Aussagen rund um erneuerbare Energieträger konstruktiv und befassen sich mit der Notwendigkeit eines raschen Ausbaus. Verschiedene Akteur:innen bekennen sich in den Aussagen im Datensatz klar zu einer Energiewende. Herausforderungen werden dabei unter anderem bei der Umsetzung gesehen, wonach Anlagen „im gesamten Land gleichermaßen unkompliziert genehmigt werden müssen“ (PV Austria) oder die notwendigen Fachkräfte für Montage und Instandhaltung der Technologien bereitgestellt werden müssten. Der notwendige Aufbau von Netz- und Speicherkapazitäten spiegelt sich ebenfalls in der Diskussion wider.

Fossile vs. Erneuerbare: Wer über welche Technologien spricht



Anmerkung: Anzahl der klimapolitischen Aussagen pro Kategorie in Klammer.
 Quelle: FORESIGHT (2025), Berechnungen KONTEXT, eigene Darstellung

Grafik 6

Kurzfasit

Insgesamt stehen erneuerbare Energien und Elektrifizierung im Vordergrund der technologischen Debatte. Zum Großteil werden diese Technologien konstruktiv diskutiert. Polarisierender wird über den Verkehrsbereich debattiert, wo medial effiziente Lösungen gegen fossile Technologien und Scheinlösungen wie E-Fuels abgewogen werden. Der Blick auf unterschiedliche Akteursgruppen zeigt, dass fossile Technologien tendenziell häufiger von Politiker:innen in den Diskurs eingebracht werden.

Kurzfasit

Von spezifischen Gesetzen bis hin zu konkreten finanziellen Anreizen wird 2024 über eine sehr große Bandbreite klimapolitischer Maßnahmen diskutiert. Am häufigsten Erwähnung finden das Renaturierungsgesetz und das Ende der Neuzulassungen für Verbrenner-Autos.

3.6. Politikmaßnahmen: Worüber wird diskutiert?

Bei 166 der klimapolitischen Aussagen (27 % aller Aussagen) wurde über eine konkrete Maßnahme gesprochen – also beispielsweise über ein spezifisches Gesetz, konkrete finanzielle Anreize und Förderungen oder eine andere Maßnahme im Bereich Klima- und Energiepolitik. Die Liste der verschiedenen diskutierten Maßnahmen ist dabei – ähnlich den Ergebnissen des Vorjahres – lang und divers.

Mindestens ein Drittel der Aussagen bezieht sich auf Bestimmungen, die von der Europäischen Union vorgegeben werden – wie etwa der Green Deal, das Renaturierungsgesetz, der Ausstieg aus Verbrenner-Autos, die Entwaldungsverordnung, das Emissionshandelssystem oder das Lieferkettengesetz. Die insgesamt am häufigsten diskutierten spezifischen Maßnahmen sind das Renaturierungsgesetz (13 %) und das Ende der Neuzulassungen für Verbrenner-Autos (10 %).

Ein großer Teil der diskutierten politischen Maßnahmen fällt damit in den **nationalen Wirkungsbereich**. Diskutiert werden etwa unterschiedlichste nationale Gesetze (Elektrizitätswirtschaftsgesetz, Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz, Erneuerbaren-Wärme-Gesetz, Erneuerbaren-Gas-Gesetz, Klimaschutzgesetz), verschiedene **finanzielle Instrumente** (Förderungen, Steuerbefreiungen, klimaschädliche Subventionen), die **ationale CO2-Bepreisung inklusive Klimabonus** und der **Transformationsfonds**. Rund ein Viertel der Aussagen, die sich mit konkreten politischen Maßnahmen befassen, fällt unter den Themenbereich Energie, rund ein Sechstel in den Bereich Mobilität. Damit dominieren die beiden meistdiskutierten Themen (Tabelle 4) auch die diskutierten politischen Rahmenbedingungen und zeigen die Notwendigkeit konkreter gesetzlicher Änderungen in diesen Bereichen, allen voran für einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien.

4. Diskursive Strategien 2024: Wie Klimaschutz verschleppt oder beschleunigt wird

Das [Klimadiskurs-Monitoring 2024](#) konzentrierte sich auf Verschleppungstaktiken, also darauf, wie klimapolitische Maßnahmen durch destruktive Argumentationsmuster verzögert werden. Die aktuelle Analyse legt den Fokus darauf, wie Akteur:innen solchen Strategien aktiv entgegenzutreten können und welche Formen konstruktiver Auseinandersetzung im medialen Diskurs sichtbar werden. Angelehnt an Lamb et al. (2020) sowie an die letztjährige Diskursanalyse stehen dabei drei Aspekte im Mittelpunkt: die Kommunikation der **Vor- und Nachteile** von Klimapolitik, der **Umgang mit Verantwortung** sowie die **Abgrenzung wirksamer Maßnahmen von Scheinlösungen**.

4.1. Auf Vorteile statt Nachteile fokussieren

Welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen haben klimapolitische Maßnahmen? Mit jeder Maßnahme sind Kosten und Nutzen verbunden. Wie beides verteilt wird, muss politisch ausgehandelt werden. Einige Veränderungen können berechtigte Sorgen und Ängste auslösen, etwa hinsichtlich Leistbarkeit, Arbeitsplatzsicherheit oder Gerechtigkeit (Trimmel et al., 2024). Eine konstruktive Kommunikation greift diese Sorgen auf und zeigt, inwieweit sie durch Maßnahmen wie soziale Ausgleichsmechanismen oder andere gezielte politische Maßnahmen abgefedert werden können. Wird jedoch die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen generell infrage gestellt, oder werden keine politischen Lösungen für legitime Ängste und Sorgen angeboten, sondern alleine mögliche Nachteile gezielt verstärkt oder dramatisiert, verschleppt das notwendige Entscheidungen und Maßnahmen und kann die

gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Ökologisierung hemmen.

Neben dem langfristigen Nutzen der Vermeidung von Schadenskosten durch Extremwetter und Anpassungsmaßnahmen bieten viele Klimaschutzmaßnahmen zusätzliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorteile, zum Beispiel durch heimische Wertschöpfung, zusätzliche Arbeitsplätze, bessere Luftqualität oder geringere Abhängigkeit von fossilen Importen. **Konstruktive Kommunikation** macht diesen Mehrwert sichtbar und trägt damit zur **sozialen Tragfähigkeit** von Klimapolitik bei.

Vorteile und Nachteile im Klimadiskurs 2024

In etwa einem Viertel der analysierten Aussagen wurden explizit Vor- oder Nachteile von klimapolitischen Maßnahmen thematisiert, beides ungefähr gleich häufig. Die genannten Vor- und Nachteile fokussieren sich überwiegend auf vier Bereiche: **Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Leistbarkeit, Sicherheit und allgemeine Vor- und Nachteile**, die sich auf die Lebensqualität beziehen.

a. Wirtschaft & Arbeitsmarkt

Der am häufigsten genannte Vorteil von klimapolitischen Maßnahmen betrifft die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Im Mittelpunkt stehen die Steigerung der lokalen Wertschöpfung, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Arbeitsmarktpotentiale. Thematisch dominieren dabei die Bereiche Energie, Gebäude und Mobilität.

Der wirtschaftliche Nutzen wird von wissenschaftlichen Akteur:innen mit Daten und Prognosen untermauert. In der politischen Landschaft betonen vor allem die ÖVP und

die Grünen die ökonomischen Chancen der Transformation. Im internationalen Kontext dient der Wettbewerb mit China und den USA als Argument für eine ambitionierte Klimapolitik, verbunden mit der Sorge, Europa könne sonst den Anschluss verlieren. Auch Wirtschaftsverbände verweisen auf positive Effekte – insbesondere im Hinblick auf regionale Wertschöpfung. So betont beispielsweise Walter Ruck (Wirtschaftskammer Wien):

„Wenn wir in den nächsten Jahren klug in Klimaschutzmaßnahmen investieren, schaffen wir nicht nur Einsparungen bei den Emissionen, sondern generieren auch Hunderte Millionen Euro an neuer Wertschöpfung und sichern viele tausend Arbeitsplätze [...]“

Auf der anderen Seite werden mögliche negative wirtschaftliche Konsequenzen auch häufig als Argument gegen Klimaschutzmaßnahmen verwendet. Insbesondere die Angst vor Industrieabwanderung, Wettbewerbsverlusten und steigenden Kosten für Landwirtschaft und Produktion werden dabei hervorgekehrt. Besonders FPÖ, ÖVP und landwirtschaftliche Betriebe betonen, dass strengere Umweltauflagen die Wettbewerbsfähigkeit schwächen würden und durch die Ökologisierung Arbeitsplätze gefährdet werden könnten. Dabei werden wirtschaftliche Faktoren häufig dem Klimaschutz entgegengesetzt, ohne die Notwendigkeit von Klimaschutz außer Streit zu stellen und Lösungsvorschläge zu nennen, wie sich mögliche negative Folgen vermeiden oder abfedern ließen. So stellt zum Beispiel Karl Nehammer (ÖVP) in Bezug auf ein Klimaschutzgesetz mit konkreten Zielen fest: *„Da sind mir die Arbeitsplätze in Österreich wichtiger“*, und konstruiert damit einen falschen Gegensatz.

Besonders beim Thema Bürokratie neigt der mediale Diskurs zu Zuspitzungen und zum Schüren von Ängsten. Teilweise reicht die

Zuspitzung bis hin zu gezielter Desinformation. Ein Beispiel ist die Aussage von Reinhold Lopatka (ÖVP), Landwirte müssten durch die Renaturierungsverordnung künftig *„Schmetterlingszählungen“* durchführen – eine bewusst falsche Darstellung der Verordnung, die keine derartigen Verpflichtungen vorsah. Solche Aussagen greifen reale Ängste vor übermäßiger Regulierung auf, überzeichnen sie jedoch, entkoppeln sie vom tatsächlichen Gehalt der Maßnahmen und schüren Widerstände.

b. Kosten und Leistbarkeit

Ein weiterer zentraler Vorteil einer Ökologisierung, der im Klimadiskurs genannt wird, ist die Aussicht auf sinkende Energiepreise. Dabei stehen sowohl insgesamt günstigerer Strom, als auch die Preisstabilität und die Vermeidung plötzlicher Preisschocks im Vordergrund. Besonders Energieunternehmen und Politiker:innen betonen, dass erneuerbare Energien und Energiegemeinschaften zu niedrigeren Stromkosten führen.

Zusätzlich wird leistbares Wohnen durch klimapolitische Maßnahmen als Vorteil genannt, beispielsweise durch Sanierungsmaßnahmen und den Umstieg auf effizientere Heizsysteme. Diese Maßnahmen sollen Energiekosten senken und Haushalte unabhängig von fossilen Preisschwankungen machen. NGOs weisen zudem auf Kosteneinsparungen durch vermiedene Strafzahlungen bei rechtzeitigem Handeln hin. Neben diesen erwarteten Verbesserungen für die Leistbarkeit werden auch mögliche Kostensteigerungen als Argument gegen Klimaschutzmaßnahmen angeführt. Im Energiebereich wird insbesondere auf die steigenden Netzkosten und höhere Tankkosten durch die CO₂-Bepreisung hingewiesen. Zudem werden Sorgen über hohe Investitionskosten und zusätzliche Kosten durch bürokratischen Aufwand geäußert. Diese Bedenken sind zum Teil berechtigt, jedoch werden wiederum häufig

keine konstruktiven Lösungen angeboten und Maßnahmen zur Abfederung, wie der Klimabonus, gezielte Förderungen und angepasste Regelungen für kleinere Betriebe, oft gar nicht erwähnt. Auch werden Investitionen meist nur als Kosten dargestellt, ohne den langfristigen Nutzen und die Rückflüsse durch eingesparte Energie- und Folgekosten zu berücksichtigen.

c. Sicherheit

Beim Thema Sicherheit steht vor allem der Mehrwert klimapolitischer Maßnahmen für die Versorgungssicherheit im Mittelpunkt - insbesondere in Bezug auf Energie, aber auch auf Lebensmittel. Da Österreich fossile Energien fast vollständig importiert, begibt es sich damit in wirtschaftliche und geopolitische Abhängigkeiten. Diese haben nicht nur ökonomische Konsequenzen, wie die durch Preisschocks ausgelöste Teuerung, sondern gefährden auch die Versorgungssicherheit und machen Österreich geopolitisch erpressbar. Erneuerbare Energien können diese Abhängigkeiten hingegen verringern.

Die sicherheitspolitische Dimension der Klimakrise wird 2024 parteiübergreifend thematisiert – sowohl von der ÖVP, den Grünen als auch der SPÖ. Unternehmen konzentrieren sich vor allem auf die Energieversorgungssicherheit, während die Zivilgesellschaft verstärkt auf Risiken für die Ernährungssicherheit hinweist, die sich durch Extremwetterereignisse und dauerhaft veränderte, klimatische Bedingungen ergeben.

Auch Akteur:innen aus Interessenvertretungen betonen den Zusammenhang zwischen Klimaschutz und Versorgungssicherheit. So merkt Franz Titschenbacher (Landwirtschaftskammer Steiermark) an:

„Auf der einen Seite ist es das Erreichen der Klima- und Energieziele, denen wir uns verschrieben haben, wir sehen die

Auswirkungen der Klimakrise tagtäglich de facto, es ist auf der anderen Seite die Versorgungssicherheit, die Reduktion der Abhängigkeit von russischem Gas.“

Gleichzeitig fürchten Akteur:innen wie der Bauernbund und die FPÖ eine Verschlechterung der Ernährungssicherheit durch strengere Umweltauflagen im Rahmen des Green Deals, die die landwirtschaftliche Produktion in Österreich gefährden könnten. Mit Aussagen wie *„Wenn der Green Deal kommt, dann bricht die Produktion von Lebensmitteln und damit auch unsere Versorgungssicherheit ein“* (Paul Nemecek, Niederösterreichs Bauernbund) wird Klimapolitik pauschal infrage gestellt und durch verkürzte Darstellungen Desinformation betrieben. Im Bereich erneuerbarer Energien wird vor neu entstehenden Abhängigkeiten durch Importe kritischer Rohstoffe gewarnt. Dabei wird die Energiewende meist nicht grundsätzlich infrage gestellt, sondern eine Verlangsamung gefordert, ohne jedoch zu berücksichtigen, dass gerade eine Verzögerung bestehende Abhängigkeiten verlängert oder verschärft.

d. Lebensqualität

Neben ökonomischen und sicherheitsbezogenen Vorteilen wird im Klimadiskurs auch auf eine generelle Steigerung der Lebensqualität verwiesen. Besonders die Grünen betonen in der politischen Kommunikation ein *„besseres Leben“* und rahmen Klimaschutz als *„Menschenschutz“*. Im wissenschaftlichen Diskurs werden auch gesundheitliche Vorteile, wie eine Reduktion von Luftverschmutzung und Hitzebelastung genannt. Zudem werden Zukunftsszenarien skizziert, in denen lebenswerte Städte mehr Raum für Begegnung und Freizeit bieten, zum Beispiel mit autofreien Spielbereichen für Kinder. Demgegenüber werden Nachteile wie die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes angeführt, etwa durch den Ausbau erneuerbarer Energien in ländlichen Regionen.

Die vier analysierten Themenbereiche zeigen, dass zentrale gesellschaftliche Anliegen als Argumente sowohl für als auch gegen klimapolitische Maßnahmen angeführt werden. Häufig werden dabei dieselben Bereiche mit gegensätzlichen Bedeutungen aufgeladen – beispielsweise als Chance für wirtschaftliche Wertschöpfung, Leistbarkeit und Versorgungssicherheit, zugleich aber auch als Risiko für den Standort, steigende Kosten oder neue Abhängigkeiten.

In manchen Fällen ist diese Doppelbedeutung nachvollziehbar: So wird der Ausbau des Stromnetzes einerseits mit steigenden Netzkosten verbunden, führt andererseits aber langfristig zu niedrigeren und stabileren Strompreisen. Auch im Arbeitsmarkt entstehen durch den Strukturwandel neue Beschäftigungsmöglichkeiten, während bestehende Branchen umbauen müssen und unter Druck geraten. Solche ambivalenten Effekte tragen dazu bei, dass ein und dieselbe Maßnahme im öffentlichen Diskurs sehr unterschiedlich bewertet wird.

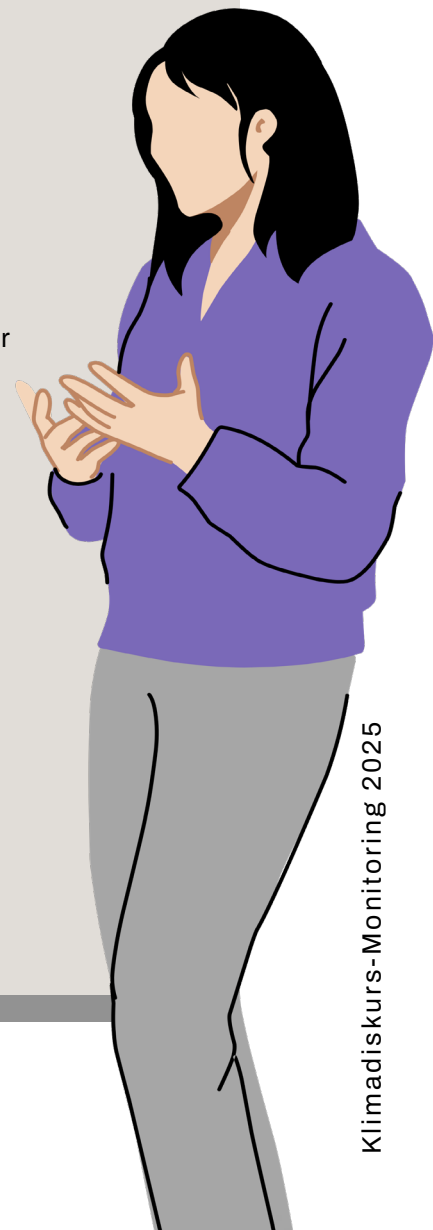
BESCHLEUNIGEN STATT VERSCHLEPPEN

So geht's: Mehrwert hervorheben

1. Mehrwert hervorheben

Wirksame Kommunikation zeigt, dass Klimaschutzmaßnahmen nicht nur dem Klima, sondern auch vielen anderen Bereichen zugutekommen. Entscheidend ist, die Aspekte hervorzuheben, die für die jeweilige Zielgruppe besonders relevant sind. Dazu gehören:

- **Wirtschaftliche Chancen:** Neue Arbeitsplätze, gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit, mehr regionale Wertschöpfung, wirtschaftliche Unabhängigkeit
- **Sicherheit:** Stabilerer Energieversorgungs, geringere Gefährdung der Ernährungssicherheit durch Klimafolgen, weniger Abhängigkeit von globalen Krisen und geringere Erpressbarkeit
- **Leistbarkeit:** Langfristige Kostenersparnisse, stabilere Energiepreise, geringere Belastung durch Klimaschäden und Extremwetterereignisse
- **Lebensqualität:** Bessere Luftqualität, kühlere Städte, mehr naturnahe Erholungsräume, geringere Gesundheitskosten



2. Legitime Sorgen adressieren und Lösungen anbieten

Berechtigte Sorgen vor beispielsweise wirtschaftlichen Einbußen, Arbeitsplatzverlusten oder steigenden Kosten müssen ernst genommen werden. Sie dürfen jedoch nicht dazu führen, dass notwendiges Handeln verschleppt wird. Stattdessen ist es notwendig vor die Auswirkungen für besonders betroffene Gruppen durch kluge politische Maßnahmen abzufedern, ohne die Notwendigkeit von Klimaschutz zu konterkarieren. Um zu einem konstruktiven Diskurs beizutragen ist es deshalb wichtig Lösungen anzubieten und aufzuzeigen, wie diese Herausforderungen durch Maßnahmen wie Umschulungen, ordnungspolitische Rahmenbedingungen, finanzielle Unterstützung oder gezielte Investitionen abgefedert werden können.

Entscheidend ist außerdem, diese Sorgen nicht isoliert zu betrachten, sondern sie in den Gesamtzusammenhang zu stellen: Viele Maßnahmen, die kurzfristig mit Aufwand oder Kosten verbunden sind, bringen langfristig spürbare Vorteile wie stabilere Energiepreise, wirtschaftliche Unabhängigkeit oder bessere Lebensqualität. Wer diesen Zusammenhang nachvollziehbar macht, zeigt welche langfristigen Vorteile Klimaschutzmaßnahmen mit sich bringen.

4.2. Verantwortung übernehmen statt abschieben

Ein konstruktiver Klimadiskurs erfordert nicht nur das Sichtbarmachen von klimapolitischem Mehrwert, sondern auch die Bereitschaft Verantwortung für die Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen zu übernehmen.

Häufig wird Verantwortung jedoch auf andere Akteur:innen oder Ebenen verschoben, mit dem Argument, dass diese mehr Verantwortung oder Handlungsspielraum hätten, und daher zuerst aktiv werden müssten. Während es legitim und oft wichtig ist, auf die Rollen anderer hinzuweisen, kann der alleinige Fokus darauf, gerade bei Akteursgruppen mit großem gesellschaftspolitischem Einfluss, dazu genutzt

werden, von der eigenen Verantwortung abzulenken. Wichtig ist deshalb für einen konstruktiven Diskurs, klar anzuerkennen, welche Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten auf der eigenen Ebene bestehen.

Verantwortung im Klimadiskurs 2024

a. Abschieben von Verantwortung

In der klimapolitischen Debatte in Österreich wird Verantwortung teilweise auf andere Akteur:innen verlagert, insbesondere auf andere Länder, Sektoren oder Bundesländer. Häufig wird dabei auf den geringen Beitrag Österreichs zum globalen CO₂-Ausstoß verwiesen, um die

Wirksamkeit nationaler Maßnahmen infrage zu stellen. Kommentare wie *„Wir werden das Weltklima nicht in der Steiermark retten“* (Christopher Drexler, ÖVP) relativieren die Notwendigkeit eigener Schritte. Ähnlich argumentierte Reinhold Lopatka (ÖVP): *„Vom weltweiten CO₂-Ausstoß [...] hat China 30 Prozent, die Europäische Union nicht einmal acht Prozent. Der PKW-Verkehr macht nicht einmal ein Prozent aus. Wir diskutieren jetzt dieses eine Prozent als das ganz große Thema“*. Mit solchen Aussagen wird der Eindruck erweckt, bestimmte Maßnahmen wären unbedeutend und deshalb nicht wert, diskutiert zu werden. Dabei wird teils Desinformation gestreut oder zumindest irreführend argumentiert, wie im Fall Lopatkas. Seine Aussage erweckt den Eindruck, der PKW-Verkehr verursache insgesamt nur ein Prozent der weltweiten Emissionen, obwohl dieser Anteil global bei rund sieben Prozent liegt.

Verantwortung wird teils auch innerhalb Österreichs weitergegeben, durch Verweise auf natürliche Standortunterschiede wie *„Wind hat in Oberösterreich eben nicht so ein Potenzial wie in Niederösterreich“* (Thomas Stelzer, ÖVP) oder auf andere politische Ebenen, denen mehr Wirksamkeit zugeschrieben wird. Von allen Akteursgruppen wird Verantwortung zumeist von österreichischen Politiker:innen abgeschoben, darunter fast ausschließlich von Vertreter:innen der ÖVP und der FPÖ.

b. Übernahme von Verantwortung

Von manchen Akteur:innen wird Verantwortung im Klimadiskurs explizit angenommen, insbesondere indem Klimaschutz als Aufgabe beschrieben wird, die von allen aktives Handeln erfordert. So heißt es beispielsweise: *„Die Energiewende geht uns alle an und wird uns nur gemeinsam gelingen“* (Sebastian Schuschnig, ÖVP). Eigene Verantwortung wird dabei meist als Teil einer kollektiven Verantwortung verortet. Handlungsbereitschaft und Gestaltungsanspruch

werden betont ohne, dass dies zwangsläufig mit konkreten Maßnahmen oder Umsetzung verbunden ist.

In der Politik zeigt sich Verantwortungsübernahme häufig durch die Ankündigung von konkreten politischen Vorhaben mit Aussagen wie *„Wir gehen Themen wie das Dieselprivileg und den Tanktourismus ernsthaft an“* (Leonore Gewessler, Die Grünen) oder

„Das Ziel, 2040 die Klimaneutralität zu erreichen, geht aber nur mit der Dekarbonisierung. Und es geht nur über Großprojekte von Wasserstoff über Großwärmepumpen bis zur Geothermie. Wir werden voraussichtlich 2027 die erste Geothermieanlage in Betrieb nehmen“ (Peter Hanke, SPÖ).

Teilweise wird auch generelle Handlungsbereitschaft signalisiert und die Dringlichkeit betont, mit Formulierungen wie *„Wir wollen zeigen, was machbar ist“* (Jürgen Czernohorszky, SPÖ) oder *„Die Zeit für Verzögerungstaktik ist vorbei“* (Leonore Gewessler, Die Grünen).

Bei Unternehmen zeigt sich Verantwortungsübernahme fast ausschließlich über die Kommunikation von Investitionen, Projekten und technischen Lösungen – sei es im Voraus angekündigt oder im Nachhinein dargestellt. Mit Aussagen wie *„Die TINETZ investiert in den nächsten Jahren drei Milliarden Euro in das Tiroler Stromnetz“* (Thomas Rieder, TINETZ) positionieren sich Unternehmen als aktive Mitgestalter der Transformation.

BESCHLEUNIGEN STATT VERSCHLEPPEN

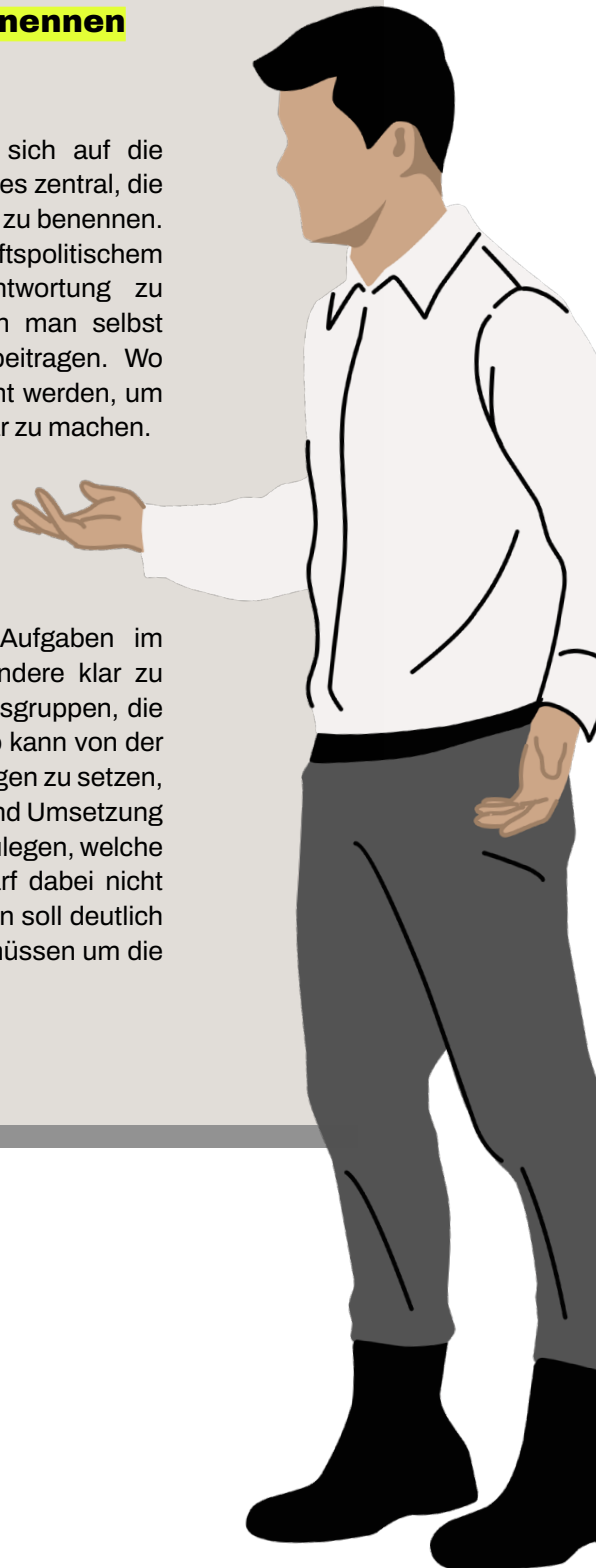
So geht's: Verantwortung übernehmen

1. Den eigenen Handlungsspielraum benennen und Verantwortung übernehmen.

Statt Verantwortung auf andere abzuschieben oder sich auf die Limitierung des eigenen Einflusses zu konzentrieren, ist es zentral, die eigenen Handlungsmöglichkeiten zu erkennen und offen zu benennen. Vor allem in Akteursgruppen mit großem gesellschaftspolitischem Einfluss (Unternehmen und Politik) gilt es Verantwortung zu übernehmen und darzulegen, welche Entscheidungen man selbst treffen wird und wie diese zum größeren Ganzen beitragen. Wo sinnvoll, sollten konkrete Maßnahmen und Ziele genannt werden, um Transparenz zu schaffen und Fortschritte nachvollziehbar zu machen.

2. Zuständigkeiten anderer benennen und gezielt zum Handeln auffordern.

Verschiedene Akteur:innen haben unterschiedliche Aufgaben im System - darauf hinzuweisen und Erwartungen an andere klar zu formulieren, ist legitim und wichtig, vor allem bei Akteursgruppen, die einen großen gesellschaftspolitischen Einfluss haben. So kann von der Politik eingefordert werden, wirksame Rahmenbedingungen zu setzen, oder von Unternehmen, ihren Beitrag durch Innovation und Umsetzung zu leisten. Wichtig ist, dabei so konkret wie möglich darzulegen, welche Handlungen eingefordert werden. Die Aufforderung darf dabei nicht dem Abschieben eigener Verantwortung dienen, sondern soll deutlich machen, wie die eigenen Handlungen ergänzt werden müssen um die Ökologisierung möglich zu machen.



4.3. **Wirksame Lösungen statt Scheinlösungen vorantreiben**

Ein konstruktiver Klimadiskurs erfordert das klare Bekenntnis, wirksame Maßnahmen umzusetzen, auch wenn sie in bestehende Strukturen, Machtverhältnisse und Interessen eingreifen. Stattdessen werden jedoch mitunter Scheinlösungen präsentiert, die vor allem dazu dienen, Handlungsbereitschaft zu demonstrieren, ohne notwendige Veränderungen anzustoßen und umzusetzen. Solche Maßnahmen lenken vom eigentlichen Handlungsbedarf ab und verhindern den Fokus auf jene (tiefgreifenden) Schritte, die für wirksamen Klimaschutz zentral wären.

Der Begriff *Technologieoffenheit* und der damit verbundene Umgang mit Technologien ist ein prominentes Beispiel: *Technologieoffenheit* wird häufig als vermeintlich neutraler Ansatz präsentiert. Tatsächlich wurden bestimmte Technologien über Jahrzehnte hinweg durch staatliche Subventionen, regulatorische Rahmenbedingungen und gezielten Infrastrukturausbau (z. B. Tankstellen, Gasnetze) strukturell begünstigt. Diese Faktoren haben die heutige Marktdominanz fossiler Brennstoffe mitgeprägt und widersprechen der Vorstellung eines fairen, unverzerrten Marktes, auf dem sich alle Technologien gleichberechtigt entfalten könnten (vgl. Agora Verkehrswende, 2020). In der Praxis wird der Begriff *Technologieoffenheit* daher häufig genutzt, um bestehende fossile Infrastrukturen abzusichern, indem vor allem solche Lösungen unterstützt werden, die mit ihnen kompatibel sind, wie zum Beispiel E-Fuels als Antrieb für Verbrenner-Autos.

Ein weiteres Beispiel für Scheinlösungen ist der einseitige Fokus auf Anreize als alleiniges politisches Instrument, der oft von notwendigen ordnungspolitischen Maßnahmen ablenkt. In der politischen Kommunikation dient dies häufig dazu, Handlungsbereitschaft zu signalisieren,

ohne strukturelle Maßnahmen zu ergreifen, die möglicherweise mit Widerständen verbunden wären. Aus wissenschaftlicher Sicht ist jedoch ein gut abgestimmter Policy-Mix – also die Kombination aus Anreizen, ordnungspolitischen Maßnahmen und Standards – in den meisten Fällen am wirkungsvollsten (Stechemesser et al., 2024).

Ein konstruktiver Diskurs schafft Klarheit darüber, welche Maßnahmen, Technologien oder Transformationswege ökologisch, ökonomisch und sozial zielführend sind. Scheinlösungen und vermeintliche Offenheit kann dazu führen, dass vor allem solche Ansätze verfolgt werden, die den Status quo weiterführen, bestehende Strukturen nicht infrage stellen und damit notwendige Veränderungen verschleppen.

Scheinlösungen und Klarheit im Klimadiskurs 2024

a. Scheinlösungen und vermeintliche Offenheit

Im österreichischen Diskurs werden sowohl im Bereich Technologien als auch bei Politikmaßnahmen Scheinlösungen propagiert. *Technologieoffenheit* wird besonders in der Debatte zu Verbrennungsmotoren gefordert. So spricht sich Karl Nehammer beispielsweise für *Technologieoffenheit* aus, um den „grünen“ Verbrennungsmotor zu fördern, obwohl E-Fuels im Pkw-Bereich deutlich teurer, weniger verfügbar und in der Anwendung wesentlich ineffizienter sind als batterieelektrische Autos.

Auch der einseitige Fokus auf Anreize zeigt sich im österreichischen Diskurs. Er wird dabei mitunter unter dem Schlagwort „ermöglichen statt verhindern“ (Sebastian Schuschnig, ÖVP) präsentiert und mit dem Argument begründet, nur so könne man „alle mit ins Boot [...] holen“. Außerdem werden ordnungspolitische

Instrumente als „rückwärtsgewandt“ (Karl Nehammer, ÖVP) bezeichnet – mit dem Vorwurf, sie würden Innovation verhindern.

b. Klarheit für wirksame Lösungen

Ein Teil des Klimadiskurses schafft Maßnahmen und Technologien einzuordnen und so Klarheit zu schaffen. Die Debatte rund um CCS ist zum Beispiel Großteils differenziert: Einige Medien greifen wissenschaftliche Einschätzungen auf, die betonen, dass CCS in bestimmten Bereichen sinnvoll ist, aber nicht zur Ausrede für die massive Reduktion der Emissionen werden darf. So wird beispielsweise erklärt, dass die Kohlenstoffentnahme bei weitem nicht so hochskalierbar ist, dass Klimaschutzmaßnahmen dadurch obsolet würden und dass CCS *„sehr energieaufwendig, ineffizient und kostenintensiv“* (Friederike Otto, Imperial College London) ist. Die Technologien sollen *„ausschließlich dort eingesetzt werden, wo es keine nicht-fossilen Alternativen gebe“* (Jette Bredahl Jacobsen, Uni Kopenhagen). Auch in der Verbrenner-Debatte gibt es konstruktive, einordnende Stimmen. Günter Pauritsch (Österreichische Energieagentur) erklärt zum Beispiel, für ihn sei *„das Match beim Alternativauto bereits entschieden“*, da bei Elektroautos 64-80 Prozent der eingesetzten Energie genutzt werden können, während es bei E-Fuels nur 15 Prozent seien.

Bei der Wahl von Klimaschutzmaßnahmen gibt es relativ wenige Akteur:innen, die tatsächlich Klarheit schaffen und auf einen notwendigen Maßnahmenmix fokussieren. Einerseits gibt es wissenschaftliche Stimmen dazu, wie Nicolas Koch (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung). Mit Blick auf eine aktuelle Studie erklärt er: *„Viel hilft nicht automatisch, es kommt vielmehr auf den richtigen Mix der Maßnahmen an.“* Besonders effektiv sei demnach die Verbindung von Anreizen und Einschränkungen. Andererseits sprechen sich

in der Politik insbesondere die Grünen für eine effektive Kombination aus Förderungen und ordnungspolitischen Maßnahmen aus. So betont Leonore Gewessler (Die Grünen) mit Blick auf Grünes Gas beispielsweise: *„auf der einen Seite mit einer Investitionsförderung für die Anlagen und das Erneuerbares Gas Gesetz sorgt dafür, dass dann dieses Biogas, das da entsteht, auch tatsächlich abgenommen wird [...]“*.

BESCHLEUNIGEN STATT VERSCHLEPPEN

So geht's: Lösungen vorantreiben

1. Lösungsansätze vergleichen und strukturelle Faktoren aufzeigen

Politikmaßnahmen, Technologien und andere Lösungsansätze sollten immer im Kontext von alternativen Ansätzen gesehen werden – also zum Beispiel im Vergleich mit anderen Instrumenten mit ähnlichen Zielen oder mit konkurrierenden Technologien für die Dekarbonisierung eines Prozesses. Wirkungen müssen vergleichbar gemacht und eingeordnet werden. Technologien lassen sich gut anhand von Effizienz, Skalierbarkeit und Kosten analysieren. Politikmaßnahmen anhand dessen, ob sie ihre klimapolitischen Ziele erreichen und gleichzeitig ökonomisch und sozial verträglich sind. Dabei ist es wichtig, zwischen verschiedenen Sektoren, politischen Ebenen und konkreten Anwendungsbereichen zu unterscheiden.

Zugleich müssen strukturelle Voraussetzungen für eine Umsetzung sichtbar gemacht werden. Bestehende Infrastrukturen (z. B. Tankstellen, Gasnetze), politische Rahmenbedingungen (z. B. Förderlogiken, Planungsrecht, Steuersystem), wirtschaftliche Machtverhältnisse und technologische Pfadabhängigkeiten begünstigen manche Lösungen und behindern andere. Eine scheinbar „neutrale“ Herangehensweise ist daher oft faktisch verzerrt. Eine wirksame Kommunikation macht diese Voreinstellungen sowie die Interessen dahinter sichtbar und zeigt, welche strukturellen Veränderungen es bräuchte, um die jeweiligen Lösungsansätze umsetzen zu können und die Ziele zu erreichen.

2. Klarheit für wirksame Lösungen schaffen und umsetzen

Konstruktiv zu kommunizieren bedeutet klar zu benennen welche Maßnahmen notwendig und im Sinne der Emissionsreduktion zielführend sind oder welche Technologien für bestimmte Sektoren sinnvoll einsetzbar und effizient sind – und welche nicht. Auch die dafür nötigen strukturellen Veränderungen sollten offen angesprochen werden. Nur so lassen sich politische Ressourcen sinnvoll lenken, Debatten versachlichen und Vertrauen schaffen. Wo Klarheit herrscht, kann gezielt umgesetzt werden.



5. Fazit

Klimapolitische Themen sind im österreichischen medialen Diskurs 2024 weniger präsent als im Vorjahr. Die Zahl klimapolitischer Aussagen in den analysierten Medien ging um 13 Prozent zurück. Gleichzeitig hat sich die Tonalität verändert. Während konstruktive Aussagen weiterhin überwiegen, ist der Anteil an Aussagen, die klimapolitische Maßnahmen und Entscheidungen verschleppen, von 16 Prozent auf 28 Prozent deutlich gestiegen. Insgesamt zeigt sich: Der Klimadiskurs hat in der öffentlichen Debatte leicht an Relevanz verloren und wird polarisierter geführt.

Bestimmt wird der Diskurs auch 2024 vor allem von Politiker:innen. Während Grüne und SPÖ über alle Themen und Maßnahmen hinweg überdurchschnittlich konstruktiv an der Klimadebatte beteiligt sind, zeigt sich bei ÖVP und FPÖ ein anderes Bild: Sechs von zehn der klimapolitischen Aussagen der ÖVP und sogar neun von zehn der FPÖ tragen zum Verschleppungsdiskurs bei. Insgesamt verschleppen Politiker:innen Klimapolitik deutlich häufiger als andere Akteursgruppen. Wissenschaftler:innen hingegen argumentieren überwiegend konstruktiv. Aktivist:innen sind im Diskurs deutlich weniger präsent als noch 2023.

Inhaltlich dominieren die Themen Energie und Mobilität den klimapolitischen Diskurs. Stärker in den Fokus der Debatte gerückt sind standortpolitische Fragestellungen und die Erreichung der Klimaneutralität. Je nach Thema zeigen sich erhebliche Unterschiede im Anteil verschleppender und konstruktiver Aussagen. So wurde beim Renaturierungsgesetz besonders häufig verschleppt. Genauso wie das Ende der Neuzulassungen für Verbrenner-Autos bietet der Diskurs darüber anschauliche Beispiele, wie legitime Bedenken politisch instrumentalisiert oder durch Desinformation überzeichnet werden. Die Themen Gebäude und Wohnen, die Folgen

der Klimakrise und Anpassungsmaßnahmen werden hingegen überwiegend konstruktiv besprochen.

Werden spezifische Technologien diskutiert, stehen erneuerbare Energien und Technologien zur Elektrifizierung im Fokus, die überwiegend konstruktiv besprochen werden.

Polarisierender wird über den Verkehrsbereich debattiert, wo medial effiziente Lösungen gegen fossile Technologien und Scheinlösungen wie E-Fuels abgewogen werden. Der Blick auf unterschiedliche Akteursgruppen zeigt, dass fossile Technologien tendenziell häufiger von Politiker:innen in den Diskurs eingebracht werden.

Der Großteil des klimapolitischen Diskurses in Österreich bezieht sich auf die nationale Ebene.

Maßnahmen werden jedoch stärker verschleppt, wenn es um jene Ebene geht, auf der das Regelwerk für viele verpflichtende Klimamaßnahmen in Österreich gelegt wird: die EU-Ebene. Sowohl Aussagen, die sich auf Österreich beziehen, als auch jene auf EU-Ebene, haben im Jahr der Wahlen zugenommen.

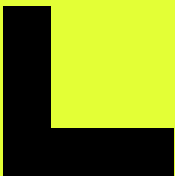
Während der Schwerpunkt der vorangegangenen ersten Ausgabe der Studie auf Verschleppungstaktiken lag, rückt das Klimadiskurs-Monitoring 2025 den konstruktiven Diskurs in den Fokus. Begleitend zu quantitativen Ergebnissen der Analyse hat KONTEXT dazu Strategien für einen konstruktiven Diskurs entwickelt, die zeigen, wie klimapolitische Maßnahmen und Entscheidungen beschleunigt werden können.

Klimaschutzmaßnahmen werden diskursiv sowohl mit Vorteilen als auch mit Nachteilen verknüpft – oft innerhalb desselben Themenfelds wie Wirtschaft, Leistbarkeit oder Versorgungssicherheit. Während manche Akteur:innen gezielt Ängste betonen oder schüren, rücken andere den Mehrwert in den Vordergrund und zeigen auf, wie berechtigte Sorgen durch gezielte

politische Maßnahmen abgedeckt werden können. Konstruktive Kommunikation gelingt, indem **(1) der Mehrwert von klimapolitischen Maßnahmen hervorgehoben wird** und **(2) legitime Bedenken adressiert und Lösungen angeboten werden.**

Verantwortung für klimapolitische Maßnahmen wird häufig auf andere abgeschoben: Verweise auf andere Länder mit höheren Emissionen, andere Bundesländer oder politische Ebenen werden im Klimadiskurs teils genutzt, um den Eindruck zu vermitteln, dass eigenes Handeln kaum Wirkung hat. Gleichzeitig finden sich im österreichischen Diskurs auch klare Signale der Verantwortungsübernahme, zum Beispiel durch die Ankündigung konkreter Maßnahmen, Investitionen oder die Betonung gemeinsamer Ziele. Konstruktive Kommunikation gelingt denen, die **(1) den eigenen Handlungsspielraum benennen und Verantwortung übernehmen** und **(2) Zuständigkeiten anderer benennen und gezielt zum Handeln auffordern**, ohne sich aus der eigenen Verantwortung zu ziehen.

In der Debatte um Lösungsansätze zeigen sich konstruktive und Verschleppungstaktiken. Begriffe wie „Technologieoffenheit“ oder der ausschließliche Fokus auf Anreize werden häufig genutzt, um den Status quo abzusichern, ohne notwendige strukturelle Veränderungen anzustoßen. Demgegenüber stehen Stimmen, die Maßnahmen und Technologien differenziert nach Wirksamkeit, Effizienz und Kosten einordnen. Konstruktive Kommunikation gelingt dort, wo **(1) Lösungsansätze verglichen und strukturelle Faktoren aufgezeigt werden** und **(2) Klarheit für wirksame Lösungen geschaffen wird.**



6. Literaturverzeichnis

- Agora Verkehrswende. (2020). Technologieneutralität im Kontext der Verkehrswende. Kritische Beleuchtung eines Postulats – Kurzfassung. <https://www.agora-verkehrswende.de/veroeffentlichungen/technologieneutralitaet-im-kontext-der-verkehrswende-2/>
- Frühwald, J., Maringer, F., Rogenhofer, K., Wendelin, W., & Pixner, A. (2024). Klimadebatte in Österreich: Zwischen Apellen und Verschleppung. Klimadiskurs-Monitoring 2023. KONTEXT – Institut für Klimafragen. https://kontext-institut.at/uploads/Dateien/KONTEXTANALYSE_Klimadebatte-in-%C3%96sterreich.pdf
- Jäger, S., Jäger, M., Wamper, R., & Nothardt, B. (2024). Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung (8., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage). Unrast Verlag.
- Koland, O., & Steininger, K. (2024). Volkswirtschaftlicher Nutzen von Climate Action für Österreich – Eine Synthese. Wegener Center, Universität Graz. https://www.klimafonds.gv.at/wp-content/uploads/2024/12/Nutzen-Climature-Action_UNI-Graz_2024-11-29.pdf
- Koopmans, R., & Statham, P. (1999). Political Claims Analysis: Integrating Protest Event and Political Discourse Approaches. *Mobilization: An International Quarterly*, 4(2), 203–221. <https://doi.org/10.17813/maiq.4.2.d759337060716756>
- Lamb, W. F., Mattioli, G., Levi, S., Roberts, J. T., Capstick, S., Creutzig, F., Minx, J. C., Müller-Hansen, F., Culhane, T., & Steinberger, J. K. (2020). Discourses of climate delay. *Global Sustainability*, 3, e17. <https://doi.org/10.1017/sus.2020.13>
- Obersteiner, P., Trimmel, K., Bruderer, T., & Kriechbaum, M. (2024). Beyond polarisation and simplified storylines: Exploring discursive struggles over a transport infrastructure project in Vienna, Austria. *Case Studies on Transport Policy*, 18, 101293. <https://doi.org/10.1016/j.cstp.2024.101293>
- Pixner, A., & Maringer, F. (2024). [KON]KLUSIO #3: Die nächste Industrielle Revolution: Ökologisierung als Chance für Europa nutzen. KONTEXT – Institut für Klimafragen. https://kontext-institut.at/uploads/Dateien/202405_KONTEXT_Konklusio_Oekologisierung_Die-naechste-Industrielle-Revolution.pdf
- Roniger, J., & Pixner, A. (2024). [KON]KLUSIO #7: Die letzte Regierung vor 2030: Koalitionen im Klimacheck. KONTEXT – Institut für Klimafragen. https://kontext-institut.at/uploads/Dateien/2024_09_Konklusio_7_Nationalrats-Parteien-im-Klimacheck_KONTEXT.pdf
- Stechemesser, A., Koch, N., Mark, E., Dilger, E., Klösel, P., Menicacci, L., Nachtigall, D., Pretis, F., Ritter, N., Schwarz, M., Vossen, H., & Wenzel, A. (2024). Climate policies that achieved major emission reductions: Global evidence from two decades. *Science*, 385(6711), 884–892. <https://doi.org/10.1126/science.adl6547>

Theine, H., & Regen, L. (2023). Mediendiskurse und—Strukturen. In: APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben (APCC SR Klimafreundliches Leben) [Görg, C., V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. Steininger und E. Aigner (Hrsg.)]. Springer Spektrum. <https://ssrn.com/abstract=4225480>

Trimmel, K. E., Kriechbaum, M., Lazou, R., & Bruderemann, T. (2024). Between distributive and procedural justice claims: Reframing patterns of discursive resistance against climate action. *Energy Research & Social Science*, 109, 103424. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2024.103424>

VCÖ. (2023). Energie im Verkehr zielgerichtet einsetzen. <https://vcoe.at/themen/energiewende-im-verkehr-voranbringen/energie-im-verkehr-zielgerichtet-einsetzen>

Vu, A., Simó, M., & Hidi, J. (2024). Macroeconomic impacts of increased decarbonisation and green industrial policies in the European Union. *Cambridge Econometrics*. www.kontext-institut.at/uploads/202407_KONTEXT_CambridgeEconometrics_Study_green-industrial-policies-EU

Wiedemann, T., & Lohmeier, C. (2019). Einleitung. Die Diskursanalyse für die Kommunikationswissenschaft fruchtbar machen. In T. Wiedemann & C. Lohmeier (Eds.), *Diskursanalyse für die Kommunikationswissenschaft* (pp. 1–15). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-25186-4_1

6.1. Suchbegriffe

Die für die Studie relevanten Medienbeiträge wurden mithilfe der folgenden Suchbegriffe von der AOM Datenbank (www.aom.apa.at) der Austria Presse Agentur heruntergeladen:

(klima* or dekarb* or treibhaus* or erneuerbar* or fossil* or energietransform* or energiewend* or energiezukunf* or mobilitätswend* or verkehrswend* or co2* or “Zwei-Grad-Ziel” or energieeffizienz* or Reduktionspfad) and (sagt* or sagen or „man muss“ or „wir müssen“ or „wir fordern“ or „fordern wir“ or betont* or fordert* or begründet* or kritisier* or „sprechen sich“ or „sprachen sich“ or „spricht sich“ or zustimm* or ablehn* or verlautbar* or beteuer*)

* dient als Platzhalter für beliebige Wortteile

Das bedeutet, „klima*“ sucht nach jeglichen Worten, die mit „klima“ beginnen: Klimakrise, Klimawandel, etc.

6.2. Codierregeln

Code Medium: Für jeden Artikel, in dem mindestens ein Claim codiert wird, wird die Quelle (das Medium, in dem das Clipping erschienen ist) codiert.

Code Akteur:in / Partei: Jeder Claim wird einem oder mehreren Claims-Makern zugeordnet. Bei Claims-Makern, die im Clipping explizit einer österreichischen politischen Partei zugeordnet werden, wird diese Zugehörigkeit codiert; bei Regierungsmitgliedern (Bund, Länder) sowie dem Führungspersonal von Oppositionsparteien wird die Partei-Zugehörigkeit auch codiert, wenn sie im Clipping nicht genannt wird.

Code Thema: Codiert wird der Themenbezug des Claims, nicht des gesamten Artikels. Ein Claim kann ein oder mehrere thematische Bezüge haben. Claims, die sich auf die Eingrenzung des Klimawandels allgemein beziehen (ohne nähere thematische Spezifizierung), wird kein Thema zugeordnet.

Code Policy-Bezug: Wurde vergeben, wenn der Claim explizit Bezug auf eine mehrere Policies nimmt. Unter Policies verstehen wir den Output des politischen Systems wie Gesetzesvorhaben, Bewilligungen, Förderprogramme, öffentliche Investitionen usw. Code wurde nur vergeben für Policies, die im politischen System bereits diskutiert werden und sich auf einer Ebene befinden, auf der Österreich mitbestimmen kann (also z.B. auf Ebene der UNO und EU, aber nicht Policies ausländischer Regierungen).

Code Ebene: Codiert wird die Ebene, auf die sich ein politischer Claim bezieht, mit den Ausprägungen Österreich, Österreich Bundesland explizit genannt, Ausland, EU, international/global. Bezieht sich ein Claim auf mehrere Ebenen, werden mehrere Ebenen codiert.

Code Diskursive Strategie: Jeder Claim wird genau einer diskursiven Strategie nach Tabelle 1 zugeordnet. Konstruktiv und verschleppend sind dabei analog zur letztjährigen Analyse wie folgt definiert:

Codierung anhand von fünf Leitfragen



Pro-Claims:

keine expliziten Claims (wird als gegeben vorausgesetzt)	Vorteile betonen / Nachteile des Nicht-Handelns betonen	Verantwortung annehmen	für eine schnelle und vollständige Transformation in Richtung Klimaneutralität	schneller / mehr tun
--	---	------------------------	--	----------------------

Kontra-Claims:

selten (4 Claims)	Nachteile betonen	Verantwortung abweisen	gegen eine schnelle und vollständige Transformation in Richtung Klimaneutralität	langsamer / weniger tun
-------------------	-------------------	------------------------	--	-------------------------

Code Bezug auf Technologie: Wird vergeben, wenn ein expliziter Technologiebezug des Claims besteht. Unter Technologie verstehen wir ein zweckgebundenes System auf technischer Grundlage. Darunter fallen physische Systeme & Geräte (z.B. Batterien), Software, digitale Lösungen (z.B. Smart Grids), technologische Verfahren und Prozesse (z.B. CCS), Innovationen in Materialien und Bauweisen (z.B. Recyclingverfahren).

Autor:innen

Johanna Roniger

Anna Pixier

Zitierhinweis:

Roniger, J., Pixier A. (2025). [KON]TEXTANALYSE #4:
Die österreichische Klimadebatte im Superwahljahr.
Klimadiskurs-Monitoring 2025. In: KONTEXT – Institut
für Klimafragen.

Die vorliegende Analyse wurde durch Fördermittel des
Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie,
Mobilität, Innovation und Technik unterstützt.



Kontaktinformationen:

Liechtensteinstraße 55/8
1090 Wien

Homepage: <https://kontext-institut.at>

Email: info@kontext-institut.at